

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 20 Halbpennig monatlich zahlbar 4 Halbpennig. — Belegungen nehmen alle Subskribenten. Briefe müßen aus der StraÙe Halle (Saale), Postfach Nr. 21, entgegen. — Druck, Abdruck und Vertrieb erfolgt unterhalten den Verlag von der Gattung für Verleger und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die gewöhnlichen Anzeigen 10 Halbpennig. — Anzeigen in Reklament 1 Mark. — Anzeigen für den Verkauf von Immobilien durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Postfach Nr. 21. — Druck, Abdruck und Vertrieb erfolgt unterhalten den Verlag von der Gattung für Verleger und Entschädigung. — Halle (Saale), Postfach Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 13

Halle (S.), 26. März 1927

3. Jahrgang

Spannungen und Entspannungen.

Schneeschmelze auf dem Balkan — Die üblichen Kriegserlöchte — Doch Entwicklung — Italienischer Bluff? — Einkreisungspolitik — Albanien — Frankreichs schwierige Stellung — Schwenkung der englischen Presse — Schmeicheleien für Deutschland — Abgelehnte Ehren — Unbedingte Neutralität — Waffenstillstand an der litauischen Grenze — Moskau und London — Die Ereignisse in China — Ein neues Gibraltar — Stresemanns Rede — Kein Durchmarschrecht — Unser Anspruch auf Rheindämmung — Kein Wort über Thoiry — Artikel 431 — Kühle Stimmung — Zentrumsrünsche — Wilhelmstraße? — Das Zentrum als Sieger.

Es ist zwar üblich, daß bei Beginn der Schneeschmelze nicht nur die Kräfte und Schneegelassen aus dem Boden spritzen, sondern auch die Kriegserlöchte lustig zu sein anfangen. Mit Ausnahme ganz weniger Vögel ist das fast immer so gewesen und wenn es in der letzten Zeit davon beßer geworden war, so lag das nur einzig daran, daß das Welttrüben mit seinem Werdag die Vögel etwas müde und daher friedliebender gestimmt hatte. In der Vorkriegszeit alarmierte jedenfalls der Balkan spätestens Ende März ganz Europa und stellte dann an die Herzen der Politiker und Finanzleute erhebliche Anforderungen. Besonders in ihren Dunkelkammern der Vergangenheit. Offenbar sind die Erinnerungen an die Schreden des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts schon wieder soweit verblasst, daß man sich von neuem mit dem Gedanken blutiger Auseinandersetzungen befreunden kann. Freilich ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Entladung der Vögel durch einige Fortschritte gemacht hat, und daß die Geheimpolitik der Kabinette in ihren Dunkelkammern der Vergangenheit angehört. Die Vögel kontrollieren jetzt etwas mehr das diplomatische Spiel und namentlich die Presse greift, meist mehr aus Freude an Sensationen als aus wirklich politischer Taktik so rechtzeitig ein, daß man die Fäden noch austreten kann, ehe sie in das Pulverfaß gefallen sind. Einen Krieg herbeiführen will niemand. Darüber kann man wohl heute auch weiteres einig sein. Selbst von Mussolini gilt das und man versteht vermutlich kein Wort davon, wenn man annimmt, daß er auf Schächten und Belagerungen hinfiele. Er ist zu klug, um die eigene Schwäche nicht zu erkennen und blüff. Allerdings liegt darin eine gewaltige Gefahr, denn die Gewerbe können auch einmal ohne seinen Befehl sich erlauben, und was dann entsteht, ist wahrscheinlich nicht mehr die Auseinandersetzung zweier Vögel, sondern ein neuer Weltbrand.

Das Spiel, das der Diktator in Rom treibt, ist nicht ganz ungefährlich, obwohl es ihm überaus oft bis hierher geglikt ist. Griechenland mußte sich von Italien viel gefallen lassen, ohne daß der Vögelbund den Mut aufbrachte, sich seines unterdrückten Mißgeistes anzuwenden. Aber Jugoslawien ist einmal militärisch doch etwas anderes, als das von Revolutionen zerstückte kleine Serbien und so kann es in Paris einen mächtigen Freund, der unter seinen Umständen schwerlich zusehen kann, wenn Groß-Serbien von den Italienern eingekreist wird. Rumänien gilt bereits in französischen Sinne als unabweisbar, nachdem ihm durch die Ratifizierung des Versailles-Vertrages die italienische Garantie als reife Frucht zugefallen ist. Paris ist auf dem Balkan hauptsächlich durch Jugoslawien vertreten und kann diese Position nicht aufgeben, zumal die Spannung mit Rom fortbesteht und sehr leicht auch an anderen Punkten der bewohnten Erde zu Reibungen führen kann. Berlin, die kleine Entente neu zu beleben, die in einigen Wochen in Freiburg unternommen werden sollen, sind nur dann ausfallsreich, wenn sich insofern herausgestellt hat, daß Rom nicht über unumkehrbare Macht gebietet, und nicht allein die Entladung im Wetterwinkel bestimmt.

In der Tat hat sich diplomatisch die Lage erheblich geändert. Italien sieht in Albanien vor, weil es Englands unbedingte Hilfe zu sein schien. Englands Abmachungen müssen getroffen worden sein, die dem Duce freie Hand auf dem anderen Ufer der Adria gewähren. Geleitet werden sie auch nicht, nur kann man aus Interesensbedingungen schließen, daß nicht Chamberlain, als der Außenminister und zukünftige Leiter der diplomatischen Verhandlungen, sondern der Schatzkanzler Churchill solche Zugeständnisse gemacht hat. Es ist jedenfalls auffällig genug gewesen, daß wenige Tage, nachdem eben erst England in Belgien einen recht deutlichen Ton angeschlagen hat und die Londoner Zeitungen das noch unterstreichen, dieselbe Presse Warnungen an die römische Adresse bringt, den Bogen nicht zu überspannen, und im Gegenzug zu ihrer bisherigen Haltung Serbien von jeder Verantwortung für den Konflikt freispricht. Wenn eine erste Gefahr noch bestand, so dürfte sie dadurch beseitigt worden sein. Der Falschismus liebt zwar die lauten Worte, dürfte aber kaum geneigt sein, seine Faust zu Marke zu tragen, namentlich, wenn kaum Vorarbeiten zu ernten sind. Italien hat zwar immer durch seine Niederlagen an Land und See gewonnen, aber eine Garantie dafür, daß diese

Ueberlieferungen von der Gegenwart auch anerkannt werden, hat man in der Siebenbürgen nicht.

In Deutschland wird man es nur begrüßen, daß diese Krise an Betroffenheit stark zurückgegangen ist. Man hat, und zwar gleichzeitig in der englischen und französischen Presse Deutschland die Rolle der Vermittlung zugesprochen und darauf verwiesen, daß nach den Entwürfen des Vögelbundes Stresemann bei einer eigens zur Vermittlung zusammenberufenen Konferenz den Vorschlag führen müsse. Man legte ihm nahe, daß selbst die Initiative zu ergreifen. Es ist für das deutsche Selbstbewußtsein außerordentlich schmeichhaft, und hier und da hört man schon solche Meinungen, daß wir nun wieder in die aktive Weltpolitik geradezu hineingerückt werden sollen. Es geht allem Anschein nach nicht ohne uns. Wer so denkt und so urteilt, begeht die gleichen Fehler, die wir in der wilhelminischen Ära bis zum Ueberdruß wiederholt haben und die uns schließlich den Zusammenbruch verschafft haben. Wenn London und Paris Deutschland durchaus in den Vordergrund der Bühne stoßen wollen, so ganz sicher nicht um der deutschen Eigenliebe zu schmeicheln oder ihm einige Vorrechte aufzugeben. Man wolle Deutschland in eine politische Lage bringen, bei der es bestimmt der Preisgabe aller Befehle erlanni und sich dantes die mehr als zweifelhafte Ehre abgelehnt. Man hat zur Mäßigung geraten, wenn man gefragt wurde, hat aber selbst keinen Schritt getan. Stresemann hat das dann noch nachträglich in seiner Rede als wohlmerogene Müßigkeit unterstrichen.

Auch der Konflikt im Nordosten Europas hat an Schärfe verloren, jedenfalls ist es an der litauisch-polnischen Grenze still geworden, ohne daß man nun gerade von friedlicher Stimmung sprechen sollte. Die Gegenwart kennt ja fast nie die Vorgänge hinter den Kulissen. Wir wissen nicht, ob Rußland für Rumänien oder England in Warschau gewarnt hat, beides ist möglich. Jedenfalls scheint man sowohl in England wie in Rußland vorläufig nicht geneigt zu sein, die Gegenseitigkeit noch besonders hervorzuheben. Das Kabinett von St. James weiß, daß die nächsten Wahlen eine ganz erhebliche Verärgerung der Arbeiterparteien und wohl auch der Kommunisten bringen werden, daß sich also der jetzige Kurs entweder gar nicht oder nur abgeschwächt fortsetzen läßt. Von einer Niederwerfung des Sowjets will die große Masse auf John Bulls Inseln nichts wissen. In Moskau aber scheint man naturgemäß eine Auseinandersetzung, bei der der bolschewistische Einsatz, der in Europa überhaupt keinen Nährboden gefunden hat, auch in China seinen Höhepunkt wohl erreicht, wahrscheinlich sogar überschritten hat. Gerade in den letz-

ten, um den diplomatischen Ausdruck zu gebrauchen, desinteressiert und können direkt überhaupt nicht in das Spiel der Kräfte hineingezogen werden. Im allgemeinen gelten die Deutschen im Reich der Mitte als persönlich gesichert, weil die Chinesen nach Aufhebung anderer Konventionen, in ihm keine Gegner mehr sehen. Sollte es aber doch zu solchen unliebsamen Zwischenfällen kommen, so wird Deutschland kaum mehr tun können, als auf dem üblichen Wege Vorstellungen zu erheben und Genehmigung zu beantragen. Anders liegen die Dinge für England, Frankreich, Amerika und Japan. Sie haben eine ausgedehnte Flotten- und Truppenmacht verarmt, die zum Teil schon zum Schutz der Fremdenstadt eingesetzt werden mußte. Eine Einheitsfront ist geschaffen worden, die auch wohl halten dürfte, bis eine Vermählung eingetreten ist. Was dann kommt, läßt sich heute noch nicht voraussagen. Aber dieses dann liegt noch in weiter Ferne. Der Bürgerkrieg, der China zerfleischt und eine starke Beunruhigung für die Weltwirtschaft wie für die Weltpolitik darstellt, ist kaum auf dem Höhepunkt angelangt, sondern noch in voller Entwicklung. Die Eroberung Sjanghais kann sehr leicht die seit langem gefürchtete Wendung herbeiführen. Militärische Leute glauben allerdings, daß der Abschluß der Verhandlung Sjanghais in ein neues britisches Gibraltar sein wird.

Die Außenpolitik des Deutschen Reiches ist im wesentlichen vorgezeichnet. Ueber Europa hinaus reichen nur um die Erdkugeln ausgeschaltet sind. In Europa selbst sind uns unsere Aufgaben gestellt, Mitarbeit an der Befriedung des alten Kontinents und Einwirkung in eine Gemeinschaft der Vögel. In unserer Neutralität können wir in keinem Konfliktfall rütteln lassen. Die Option nach Osten ist genau so ausgeschlossen wie die nach Westen. Stresemann hat es noch für notwendig erachtet, einzelnen russischen Blättern gegenüber zu betonen, daß wir niemandem ein Durchmarschrecht durch deutsches Land zugestanden haben und daß für uns nur die Interpretation des Artikels 16 der Vögelbündnisse, wie sie in Locarno verhandelt und in Versailles beschlossen worden ist, maßgebend sein kann. Offenbar war eine solche Bemerkung notwendig, auch wenn wir ihren inneren Anlaß nicht kennen. Die Entzweite Stresemanns aber wurde durch eine besonders scharf ausgearbeitete Formel noch bemerkenswerter. Er kündigte die deutsche Forderung nach baldiger Abseindarräumung an, wie das schon wiederholt früher geschehen ist, aber diesmal ohne Berufung auf Thoiry. Man kann sogar aus den eigenen Worten schließen, daß Stresemann diese Frage zu einer Rechtsfrage machen will und nicht mehr als freundschaftliches Uebereinkommen zwischen Briand und sich erstreckt. Es kommt Artikel 431 des Friedensvertrages in Frage, vielleicht auch Artikel 10, der zugleich wesentlicher Bestandteil der Vögelbündnisse ist.

Ganz sicher ist dieser Ton nicht unabsichtlich angeschlagen worden, denn er wurde auch von dem Redner der Volkspartei, Freiherrn von Rheinbaben wiederholt. Ueberhaupt wirkte die ganze Ansprache wie eine Abfälligkeit gewisser übertriebener Hoffnungen auf Frankreich. Man wurde den Eindruck nicht los, als ob man jetzt sich etwas mehr zu isolieren wünscht. Wie weit das mit der Kabinettsbildung und ihrem beschleunigten Einfluß zusammenhängt, ist schwer zu sagen. Stresemann selbst bestritt es und deutete an, daß die Ursachen jenseits unserer Grenzen lägen. Raas vom Zentrum nahm das Gegenteil an. Seine Rede war sehr bemerkenswert, denn sie bedeutete eine leise Drohung. Die Möglichkeit eines Abzweckens des Zentrums wurde, wenn auch in weiter Ferne sichtbar, und vielleicht die rechtstehende Berliner Börsenzeitung gar nicht unrecht, wenn sie etwas ähnlich fragte, wann die Partei des Herrn Raas das Finanzministerium befehlen möchte. Es soll im Reichstag auch andere Kreise geben, die ähnliche Besorgnisse hegen. Der Zentrumsappetit wächst beim Essen noch schneller als bei anderer Leute. Die Partei kann übrigens zufrieden sein. Sie allein. In den sozialpolitischen Fragen hat die Deutsche Volkspartei erhebliche Zugeständnisse abgerungen und im Finanzvergleich hat sie auf Kosten des Deutschen Reiches die Vaterliche Volkspartei für die neue Freundschaft bezahlt. Sie ist die Siegerin in diesem Kampfe.

R i c h a r d M a y

Nichts kommt von selbst,
auch die Verbreitung unserer
Wochenschrift
muß erarbeitet werden.
Werbet bei allen Gelegenheiten Leser!
Probefläche durch den Verlag

ten Tagen mit ihren Erfolgen für die Rantou-Armee haben gleichzeitig ein gewisses Ubleben von Bolschewismus gezeigt. Ein Bruch wäre sogar nicht einmal ausgeschlossen.

So bedenklich an sich die Ereignisse in China sind, können wir sie ohne Erregung betrachten. Wir sind vollkom-

Staatspräsident Dr. Hummel M. d. R.

spricht Sonntag, den 27. März, nachmittags 3.30 Uhr in der Stadthalle

Wilhelm Löwe-Gedenkfeier

Gedenkrede des Staatspräsidenten a. D. Dr. Hummel

Ehrung eines Patrioten aus der Zeit der Jahre 1848/49. Dr. med. Löwe, Calbe a. Saale, erster Vizepräsident der Nationalversammlung in Frankfurt a. M., galt diese Ehrung. Gewaltige Beteiligung des Reichsbanners und der Bevölkerung von Calbe. In der Rundgebung auf dem Marktplatz dürften 1500 Personen teilgenommen haben.

Nach kurzer Begrüßung des Bürgermeisters Strobel nahm unser Abgeordneter Dr. Hummel das Wort. Er führte ungefähr folgendes aus:

Am 18. Juni 1849 spielte sich in Stuttgart ein historisches Ereignis ab. Hundert deutsche Männer gegen durch Stuttgarts Straßen, die unbesäumt waren von den Massen der Bevölkerung. In ihrer Spitze Wilhelm Löwe, zu seiner Rechten Ludwig Pfander, zu seiner Linken der alte Republikaner Schott. Zu seiner Rechten Ludwig Pfander, der in der Nationalversammlung das Wort gesprochen hatte: „Kein Haupt wird künftig über Deutschland leuchten, das nicht mit einem Tropfen demokratischen Blutes gefärbt ist.“ In langem Zuge zogen diese 100 Männer durch Stuttgart, um dort die Tagung der Nationalversammlung des Reichstages, was aber speer durch Militär, und die Polizei verbot die Tagung. Diese 100 Männer waren das deutsche Kampfbanner, die Träger des moralischen Gewissens, das hinter der Schöpfung der Verfassung stand.

Unter dem Druck der stürmischen Revolutionsbewegung des Jahres 1848 hatten sich die Regierungen entschlossen, ihre Zustimmung zur Einberufung eines deutschen Parlamentes zu geben. Im April war die Wahlordnung für die Wahlen zur Nationalversammlung erlassen worden, 600 Abgeordnete, unter ihnen Löwe-Calbe, traten am 18. März in der Paulskirche in Frankfurt a. Main zu der geschichtlichen Nationalversammlung zusammen. Es ist uns bekannt, wie in langen Kämpfen das Verfassungswort gefaltet wurde, das 1849 durch die Wahl des preussischen Königs zum Oberhaupt des deutschen Staates seine Krönung fand. Es ist nicht unnütz auf die prinzipielle Seite dieser Verfassungskämpfe hinzuweisen. Sie war der Kampf zwischen der großdeutschen und der kleindeutschen Lösung, und wenn man sich schließlich zu der kleindeutschen Lösung entschloß, so geschah es doch in der Hoffnung, daß die Zukunft die Einigung des ganzen Deutschlands einschließlich Ostpreußen bringen würde. Am 3. April 1849 wurde dem preussischen König die Krone angeboten. Und man begann die Tragödie in eine rapide Entwicklung einzutreten. Ja, war die Antwort des Königs seine klare Ablehnung der Krone. Er hatte nicht den Mut, seine wahre Meinung auszusprechen. Doch war die Macht der Reaktion nicht gering, um der Bewegung ein rasches Ende zu bereiten. Man hielt die Nationalversammlung mit Erklärungen hin, die Länder riefen ihre Vertreter aus der Versammlung zurück und schließlich verbot der Rat der Stadt Frankfurt am Main unter dem Druck der Regierungen der Nationalversammlung, in Frankfurt weiter zu tagen. Daraufhin beschloß das Parlament, die Verlegung seines Sitzes nach Stuttgart. Das Haus sollte beschließungsfähig sein, wenn 100 Mitglieder teilnehmen. Voller fand es auch dort am 10. Mai nicht den notwendigen Rückhalt. Das Volk war allmählich bei dem ewigen Hin und Her der Beratungen gleichgültig geworden. Anders war es nun in Baden. Dort stand das Volk auf, um der bestehenden Verfassung zum Siege zu verhelfen. Aber preussische Truppen schlugen die badische Freiheitsbewegung bei Waghäusel, Kallstadt und Freiburg blutig nieder. Das Einigungswort war gescheitert.

Nun lehte die große Landflucht aus Deutschland ein. Die Schweiz, England, Amerika nahmen die Vorkämpfer deutscher Freiheit auf, unter ihnen auch Löwe-Calbe, der zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden war, weil er die schwarz-rot-goldene Fackel der Revolution getragen hatte, und erst 1861 nach Deutschland zurückkehren konnte. Nach seiner Rückkehr nahm er an politischen Leben wieder in freihetlichem Sinne teil. Wilhelm Löwe gehörte zu jenen aufrechten Männern, die ein selbstbewusstes Wirken lieben. Er zählte zu denjenigen, die in der Nationalversammlung gegen eine monarchistische Spitze gestimmt hatte. Und hier find wir am wahren Grund des Scheiterns der Freiheitsbewegung. Schuld tragen die

politischen Zustände und die politische Konstitution Deutschlands, die in dem Gegensatz zwischen Preußen und Ostpreußen ihren Ausdruck fand. Das Bestreben, die Souveränität der Länder aufrecht zu erhalten, hat die Gründung eines einheitlichen Deutschlands unmöglich gemacht. Die Eiferfucht der deutschen Dynastien, die Fürsten mit ihren reaktionären Truppen haben das Wort zum Scheitern gebracht. Die Einheit Deutschlands war nur unter der republikanischen Staatsform zu begründen und zu erhalten. Deshalb ist auch die Lösung von 1871 nur ein Provisorium geblieben. Die Einheit hat keinen größeren Feind als den unter der Parole des Federalismus kämpfenden Particularismus. Gerade jetzt wieder sind wir in eine

Ehrung eines alten Achtundvierzigers.



Am 20. März fand in Calbe a. d. Saale die feierliche Entfaltung einer am Wohnhause des praktischen Arztes Dr. Wilhelm Löwe angebrachten Gedenktafel statt. Anere Aufnahme zeigt den Moment der Hebergabe durch den ehemaligen badischen Staatspräsidenten Hummel, M. d. R.

Abwehr gedrängt gegen partikularistische Bestrebungen. Was sich heute abspielt, sieht ganz so aus, als ob die Länder die Anerkennung der Zentralgewalt davon abhängig machen wollten, was sie von der Zentralgewalt empfangen können. Zur Zeit befindet sich Deutschland inausredlich in einer gefährlichen Lage, weil republikanische, von reaktionären Gruppen beeinflusste Regierungen dem Reich mit derselben Energie und Raffinesse wie einst die Dynastien gegenübertraten. Nicht durch War und Ehen, sondern nur durch moralische und geistige Ueberwindung der partikularistischen Bestrebungen kann der Einheitsgedanke zum Siege geführt werden. Hier wird es die Aufgabe des Reichsbanners sein, den Gedanken der Einheit fest in den Massen des deutschen Volkes zu verankern. Es gilt die Tradition des Einheitsgedankens, der keine volle Verwirklichung nicht finden wird, ehe nicht auch Ostpreußen der deutschen Republik angegeschlossen ist, hinüber zu retten in die Zukunft. Dann kämpfen wir für die einzige, großdeutsche Republik. Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Republik. Die Rede wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Am Löwe-Haus vollzog Dr. Hummel die Weiße der Gedenktafel und übergab sie dem Schutze der Stadt Calbe. Die Gedenktafel aus schwarzem Marmor ist am Grundstück des Konsumvereins in der Ritterstraße angebracht, das nach grundbuchamtlicher Feststellung Dr. Löwe besessen hat. Die Inschrift in vergoldeten Buchstaben lautet:

In diesem Hause lebte und wirkte unser Landsmann Dr. Wilhelm Löwe,

Mitglied der 1. Deutschen Nationalversammlung 1848, Präsident des Stuttgarter Kampfbüretts 1849.

Fall des Burggymnasiums in Essen.

Minister Beder hat in diesen Tagen dem Präsidenten des Landtags eine ausführliche Statistik zugehen lassen, die die partiiatische Handhabung seiner Schulpolitik in ungenanntem Ausmaße bekräftigt. Die Statistik ist durch die statistische Anstaltsstelle für Schulwesen erhoben und zeigt, daß immer noch der Anteil der Katholiken in der Lehrerschaft um ein Gerings hinter ihrem Anteil an der Schülerzahl zurückbleibt, während die Evangelischen etwas mehr Lehrer als Schüler stellen. Weidlich liegen die Verhältnisse bei den nichtstaatlichen höheren Schulen, deren Zahlen zum Vergleich angegeben sind. Infolgedessen ergibt sich auch bei der Gesamtzahl aller öffentlichen höheren Schulen daselbe Bild.

An den staatlichen höheren Schulen für die männliche Jugend nämlich sind 62 Prozent der Schüler und 65 Proz.

der Lehrer evangelisch und 35,5 Prozent der Schüler und 33,9 Prozent der Lehrer katholisch. An den staatlichen höheren Schulen für die weibliche Jugend sind 78,9 Prozent der Kinder und 84,2 Prozent der Lehrer evangelisch und 16,1 Prozent der Kinder und 15,2 Prozent der Lehrer katholisch. An den staatlichen höheren Schulen insgesamt sind 64,1 Prozent der Kinder und 68,3 Prozent der Lehrer evangelisch und 33 Prozent der Kinder und 31,3 Prozent der Lehrer katholisch. Die Verhältnisse an den nichtstaatlichen öffentlichen höheren Schulen, auf die die Regierung übrigens nur eine beschränkte Einwirkungsmöglichkeit hat, sind ähnlich: 71,1 Prozent der Schüler und 66,5 Prozent der Lehrer an den Schulen für die männliche Jugend sind evangelisch, während 23,9 Prozent der Kinder und 22,1 Prozent der Lehrer katholisch sind. An den nichtstaatlichen öffentlichen höheren Schulen für Mädchen sind 78,9 Prozent der Kinder und 84,8 Prozent der Lehrer evangelisch und 14,6 Prozent der Kinder und 13,9 Prozent der Lehrer katholisch. Die Gesamtzahlen für diese Schulen sind: 71,1 Prozent evangelische Kinder und 79,5 Prozent evangelische Lehrer; dagegen 20,8 Prozent katholische Kinder und 19,2 Prozent katholische Lehrer. An den öffentlichen höheren Schulen insgesamt, das heißt staatlichen und nichtstaatlichen öffentlichen höheren Schulen, sind 68,8 Prozent der Kinder und 73,6 Prozent der Lehrer evangelisch, während 27 Prozent der Kinder und 25,5 Prozent der Lehrer katholisch sind.

Die Verhältnisse, die gegen Minister Beder von evangelischer Seite erhoben sind, entbehren jeder Begründung. Grundrichtig muß man sich auf den Standpunkt stellen, daß die Partikät zu wahren ist, wenn der unbedingt notwendige Frieden in der Schulpolitik herrschen soll. Zweierlei aber müssen auch unsere katholischen Mitbürger bedenken: da die Imparität zugunsten des evangelischen Volksteils vor 1918 sehr groß war, liegt die Gefahr nahe, daß eine zu stürmische Forderung oder Durchsetzung wähliger Partiiat ungeheure Benachteiligung auch in jene evangelischen Kreise trägt, die grundrichtig und mit Entschiedenheit für die Partiiat eintreten. Jahrgangselonges Ansehen kann nicht in wenigen Jahren wieder gutgemacht werden, ohne Schädigung des Friedens. Zum andern wird der erste Maßstab für die Partiiat der Anteil eines Lehrers die Eignung, trotz Wählung partiiatischer Kräfte, nicht die Konfession eines Kandidaten sein und bleiben müssen. In keinem Falle darf auch nur der Anschein erweckt werden, als ob die Wählung der Partiiat über der Qualifikation stände. Wenn die Partiiatstrag von katholischer Seite mit dieser Einstellung und von evangelischer Seite mit Verständnis für katholische Gemeinheitsangelegenheiten, ist der Friede auf diesem unstrittigen Gebiet nahe.

Kleinrentnernot.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums nahm die demokratische Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders Gelegenheit, eingehend auf die traurige Lage, in der sich die Kleinrentner befinden, hinzuweisen. Die demokratische Rednerin führte u. a. aus: „Es sind jetzt zwei Jahre, seitdem der Reichstag sich bemüht, für die Kleinrentner irgend welche passiven Erfolge zu erzielen. Bisher sind auf diesem Gebiet sehr wenig Fortschritte zu verzeichnen. Die Klagen sind nach wie vor dieselben. Das Reichsarbeitsministerium hat sich in jeder nur denkbaren Weise bemüht, Maßnahmen und Grundzüge aufzustellen, es hat aber keinerlei Maßnahmen in diesem sogenannten einheitlichen deutschen Reich, um ein für rentner gebildetes Land oder einen Staat vorzubereiten zur Ordnung zu rufen. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer ganz unmöglich ist.“

Was nun die Unterstützungsgeldfrage selbst anlangt, so kommt man zu dem Schluß, daß oftmals die materielle Versorgung der Kleinrentner einfach unzulänglich ist, die gesetzliche Behandlung dieser Leute ist nach wie vor unerträglich. Die Kinder und Hinterlassenen sind ja völlig frei in dem, was sie tun wollen und sie sind noch feier - in dem, was sie nicht tun wollen. Deshalb ist hier immer das Verlangen gestellt worden, die Fürsorge für die Klein- und Sozialrentner aus der allgemeinen Fürsorgepflicht-Verordnung herauszunehmen und deren Durchführung dem Reich zu übertragen, mindestens aber dem Reich eine Aufsichtsbefugnis zu geben.

Die Kleinrentner sind hilflos; sie bilden eine Korporation. Ja, wenn es eine Aktiengesellschaft mit 20000 A Kapital oder sonst eine wirtschaftliche Macht wäre, wenn die Leute verschwägert oder versippt wären mit großen Einkünften, dann wollte ich einmal sehen, wie Bundes- und Länderverordnungen prägen, um ihnen die hilflose Leute sind, die sie etwas zu geben. Aber weil sie ihren Wohnungen hinaus begeben, so ist es nicht einmal möglich, sie zu vertreiben, da gläubig man, man können, um ihr Recht heranzuziehen und sie schrittweise als Armenhäuser zu behandeln.“ Frau Dr. Lüders wies auch die Verantwortung gegen die Mitstände, die sich bei der Auszahlung der Wohnzuschüsse für die Kleinrentner gezeigt haben und forderte mehr Tat der Behörden gerade in der Kleinrentnerfrage. Sie gab weiter die Meinung, eine Krankenversicherung für die Kleinrentner einzuführen. Einzelne Länderverordnungen haben bereits Versuche in dieser Richtung gemacht. Zum Schluß vermahnte sie auf den demokratischen Antrag, ein Kleinrentnergesetz vorzulegen, mit dem dann auch von selbst die Kompetenz der Fürsorge dem Reich zufallen würden.

Die Partiiat in den höheren Schulen.

Die Statistik des Preussischen Kultusministeriums.

Die Partiiatfrage spielt in den höheren Schulen eine ganz besondere Rolle, weil, abgesehen von einigen stiftlichen Anstalten und von Privatschulen, die höheren Schulen partiiatische Anstalten sind und zwar partiiatisch sowohl auf der Lehrere als auf der Schülerseite. Von evangelischer Seite, insbesondere aus Kreisen der Deutschen Volkspartei, ist dem Kultusminister Dr. Beder wiederholt der Vorwurf gemacht worden, er trete für katholische Interessen zu Ungunsten der Evangelischen ein. Minister Beder hat diese angebliche Einstellung stets mit Entschiedenheit bestritten und in den einzelnen Fällen, die ihm beschwerdeführend dargezogen wurden, seine Politik gerade mit Partiiatgründen verteidigt, so z. B. in dem

Kunst und Volksbildung

Inser Bundestagsabgeordneter Dr. v. H. in einer Rede über die Bekämpfung der Kunst, gehalten bei der Sitzung der Reichstagskommission am 22. März 1912. Seine Rede vom 21. März lasen wir hier folgen. (D. Sch.)

Ich habe die Ehre, die heutige Sitzung zu eröffnen, und darf mich freuen, daß wir heute zu dieser wichtigen Tagesordnung kommen. Ich habe die Ehre, die heutige Sitzung zu eröffnen, und darf mich freuen, daß wir heute zu dieser wichtigen Tagesordnung kommen.

Die Kunst und die Volksbildung
Die Kunst und die Volksbildung sind zwei Begriffe, die in der Öffentlichkeit seit längerer Zeit in engem Zusammenhang stehen. In der Vergangenheit war die Kunst fast ausschließlich den Wohlhabenden vorbehalten, während die Volksbildung für die Massen unzugänglich blieb. Heute hingegen streben wir nach einer breiteren Durchdringung der Bevölkerung mit Kunst und Wissenschaft.

Die Kunst als Erziehungsmittel
Die Kunst ist ein hervorragendes Erziehungsmittel. Durch sie wird das Gemüt der Menschen geformt, ihr Gefühlshorizont erweitert und ihre moralischen Kräfte gestärkt. Die Kunst lehrt uns die Feinheiten des menschlichen Lebens zu schätzen und die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Sphären der menschlichen Existenz zu erkennen.

Die Volksbildung als Aufgabe
Die Volksbildung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Nur durch eine allgemeine Erziehung können wir die Voraussetzungen für den Fortschritt einer Nation schaffen. Die Volksbildung ist nicht nur eine Frage der geistigen Entwicklung, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Die Kunst im Dienste der Volksbildung
Die Kunst hat eine wichtige Rolle zu spielen in der Volksbildung. Sie kann die abstrakten Lehren der Wissenschaft anschaulich und lebendig darstellen und so das Verständnis der Massen fördern. Die Kunst sollte nicht als Selbstzweck betrachtet werden, sondern als ein Mittel zur Erhellung der menschlichen Existenz.

Fazit
Die Kunst und die Volksbildung sind zwei Begriffe, die untrennbar miteinander verbunden sind. Nur durch die Förderung beider können wir zu einer gerechteren und aufgeklärteren Gesellschaft beitragen. Die Kunst ist ein Spiegelbild des menschlichen Geistes, und die Volksbildung ist der Schlüssel zu seiner Erleuchtung.

Ich habe die Ehre, die heutige Sitzung zu eröffnen, und darf mich freuen, daß wir heute zu dieser wichtigen Tagesordnung kommen.

Die Kunst als Erziehungsmittel
Die Kunst ist ein hervorragendes Erziehungsmittel. Durch sie wird das Gemüt der Menschen geformt, ihr Gefühlshorizont erweitert und ihre moralischen Kräfte gestärkt.

Die Volksbildung als Aufgabe
Die Volksbildung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Nur durch eine allgemeine Erziehung können wir die Voraussetzungen für den Fortschritt einer Nation schaffen.

Die Kunst im Dienste der Volksbildung
Die Kunst hat eine wichtige Rolle zu spielen in der Volksbildung. Sie kann die abstrakten Lehren der Wissenschaft anschaulich und lebendig darstellen und so das Verständnis der Massen fördern.

Fazit
Die Kunst und die Volksbildung sind zwei Begriffe, die untrennbar miteinander verbunden sind. Nur durch die Förderung beider können wir zu einer gerechteren und aufgeklärteren Gesellschaft beitragen.

Die Kunst als Erziehungsmittel
Die Kunst ist ein hervorragendes Erziehungsmittel. Durch sie wird das Gemüt der Menschen geformt, ihr Gefühlshorizont erweitert und ihre moralischen Kräfte gestärkt.

Die Volksbildung als Aufgabe
Die Volksbildung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Nur durch eine allgemeine Erziehung können wir die Voraussetzungen für den Fortschritt einer Nation schaffen.

Die Kunst im Dienste der Volksbildung
Die Kunst hat eine wichtige Rolle zu spielen in der Volksbildung. Sie kann die abstrakten Lehren der Wissenschaft anschaulich und lebendig darstellen und so das Verständnis der Massen fördern.

Breukens Forderungen an das Reich.

Kund 10 Milliarden.
Nachdem von seiten der süddeutschen Länder und auch von seiten Sachsens Forderungen der Länder an das Reich angemeldet worden sind, ist auch von Preussens Seite angekündigt worden, daß Breukens sich gegenwärtig seine Forderungen als Aufrechnungsansprüche geltend zu machen.

Die preussischen Forderungen erstrecken sich im wesentlichen auf die Aufwertung der Restlaufgelei der preussischen Eisenbahnen, auf den Schaden, den Preußen durch den Verkauf der Staatsrenten an die Reichsbank erlitten hat und endlich auf Auslagen für Kriegswirtschaftszwecke. Nach dem Eisenbahn-Staatsvertrag beträgt der Restlaufgelei der preussischen Eisenbahnen 2,160 Milliarden Mark. In Anrechnung darauf hat das Reich im Juli 1912 ein Darlehen von 2,174 Milliarden Mark übernommen.

Durch den Friedensvertrag hat Preußen für die Kriegswohlfahrtszwecke in Höhe von 1,625 Milliarden Mark die Reichsregierung ersucht, die Kriegswohlfahrtszwecke in Höhe von 1,625 Milliarden Mark zu übernehmen. Die Reichsregierung hat diesen Antrag abgelehnt, weil sie der Ansicht ist, daß die Kriegswohlfahrtszwecke von den Kriegsteilnehmern selbst zu tragen sind.

Neue Bücher

„Ein Koffer. Die Jahre des Leidens.“ Von Ullrich v. Beulwitz. Leipzig, Preis brosch. 4 3/4.
Dieses Buch ist ein geschichtlicher Roman, der die Geschichte eines Mannes erzählt, der in den Jahren des Weltkriegs sein Leben verleben hat. Es ist ein sehr interessantes und lebendiges Werk, das den Leser tief in das Geschehen führt.

Die Kunst als Erziehungsmittel
Die Kunst ist ein hervorragendes Erziehungsmittel. Durch sie wird das Gemüt der Menschen geformt, ihr Gefühlshorizont erweitert und ihre moralischen Kräfte gestärkt.

Die Volksbildung als Aufgabe
Die Volksbildung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Nur durch eine allgemeine Erziehung können wir die Voraussetzungen für den Fortschritt einer Nation schaffen.

Die Kunst im Dienste der Volksbildung
Die Kunst hat eine wichtige Rolle zu spielen in der Volksbildung. Sie kann die abstrakten Lehren der Wissenschaft anschaulich und lebendig darstellen und so das Verständnis der Massen fördern.

Neue Bücher

„Ein Koffer. Die Jahre des Leidens.“ Von Ullrich v. Beulwitz. Leipzig, Preis brosch. 4 3/4.
Dieses Buch ist ein geschichtlicher Roman, der die Geschichte eines Mannes erzählt, der in den Jahren des Weltkriegs sein Leben verleben hat. Es ist ein sehr interessantes und lebendiges Werk, das den Leser tief in das Geschehen führt.

Rechtliche Hinweise und Randnotizen

Rechtliche Hinweise und Randnotizen

Zur Konfirmation

Konfirmanden-Anzüge	49.- 39.- 28.- 24.-	15.-
Prüfungs-Anzüge	46.- 35.- 28.- 22.-	16.-
Herrn-Anzüge	75.- 65.- 47.- 32.-	22.-
Sport-Anzüge	56.- 45.- 41.- 37.-	28.-
Gummi-Mäntel	36.- 31.- 26.- 19.-	14.-
Hosen, Breeches	gestreift 16.- 12.50 9.- 7.50	3.90

Beachten Sie meine 4 Schautenster.

Jakobstr. 3 **J. Sorger** Jakobstr. 3
Ecke Kl. Marktstr. Ecke Kl. Marktstr.

Lichtbilder-Vortrag

Donnerstag, d. 31. März, abds. 8 Uhr
In den Altstädter-Bürgersälen
Apfelstr. 9 von Frau

Meta Gerloff

über
Unser Dom als geschichtl. Symbol

Zur teilweisen Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 20 Pfg. erhoben

Conitzer & Co.

ASCHERSLEBEN

Das führende Kaufhaus

Feinste frische Oldenburger Tafelbutter

in Postpaketen zu den billigsten Tagespreisen direkt ab
Molkerei Altjührden in Oldenburg.

Inferieren bringt Gewinn!

Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren
B. Wolff's Gelegenheitskäufe
Schwertfegerstraße 14/15.

Möbel

Herren-, Speise-, Schlafzimmer
eiche u. limiert
Rüden und elegante
Küchen
ausp. Schränke
u. Verkleidung
Gottfr. Heinrich
Tischlermeister
Schönebeckstr. 9.

Auto-Privat-Fahrschul

Ob.-Ing. Val. Bohland
gerichtlich beeidigter Sachverständiger
für das Kraftfahrzeugwesen

Ausbildung von Kraftfahrzeugführern zu kulantesten Bedingungen und mit bestem Erfolg.

Magdeburg - Wilhelmshaus - Eingg. Edithartr.
Tel. 6354. 3 Minuten v. Hauptbahnhof. Tel. 632

Zur Schulentlassung

E. R. Müller:
Die Sternenträger. Lebenswanderung einer Jugend. Brosch. 1.90 geb. 2.50 Mk.

Hermann Löns:
Mein braunes Buch. Mein goldenes Buch. Wilda (ein neues Tierbuch). Jeder Band m. Lederriemen und Lederriemen 3.25 Mk.

Volksausgaben:
Der letzte Hansbar. Dahinten in der Heide. Die Häuser von Ohlenhof. Heidebilder. Wilda. Die Straußen vor dem Tore. Mein buntes Buch. Mein braunes Buch. Kraut und Lot. Auf der Wildbahn. Mein blaues Buch. Jeder Band gut gebunden 3.50 Mk.

Pierre Loti:
Gallula. Die Wüste. Jerusalem. Der moderne Schänderer von Land und Leuten sowie der Eigenarten des Geliebten Landes. Jeder Band mit Lederriemen nur 3.25 Mk.

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg Große Münzstraße Nr. 3

Das große Geheimnis

sich gut und billig zu kleiden, besteht oft darin, die richtigen Quellen aufzusuchen. Große Mengen neuester Modereisellungen sind dieser Tage aus Lager gekommen.

Ohne große Reklameveranstaltungen werden diese zu billigsten Preisen zum Verkauf gestellt.

Konfirmanden-Mäntel und -kleider von Mk. 5.75
Damen-Mäntel und anderen Stoffen, von Mk. 14.00
dito in Seide, Schattentrips etc., mit Rüchchen und Seidenbesatz, schicke neue Formen, sehr billig!

Samtkleider, Kindermäntel äußerst preiswert!

Mäntelhaus Rotes Schloß

Breiter Weg 151, Ecke Große Münzstraße, Eingang Große Münzstraße, 1. Handelt.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“

Bes. Ad. Thurnagel.

Windjacken Breecheshosen Arbeiterbekleidung
sehr billig nur in
PRESSLERS TEXTILHALLE
Buttergasse 8.

Drucksache

Wir fertigen
für jeden Be-
schleunigt
Buchdruck
Hugo Alpe
Deitzsch
Fennrl 46

Deutsche Einheit

Wochenschrift
Herausgegeben von Volksrichter J. D. Graf Bernstorff
M. d. R. und Senator a. D. Dr. Stubmann.
Verl.-Verks-Verlag G. m. b. H., Hamburg 11.
Bezugspreis: Vierteljährlich 5 RM.

Deutsche Demokratische Partei

Bezirksparteitag

verbunden mit Beamtentagung
in Magdeburg am Sonnabend, dem 2. und Sonntag, dem 3. April 1927

Programm

Sonnabend, den 2. April 1927, abends 7 Uhr in der „Freundschaft“ (kl. Saal),
Prälatenstraße 32

Beamtentagung (Reichs-, Staats-, Kommunalbeamte und Lehrer)

Beamtensfragen in Reich und Staat: Otto Schuldt, M. d. R.
Beauftragten in Preußen: Oberstudienrat Dr. Bohner, M. d. R.
Ausprache
Wahl des Beamtenschaftsausschusses

Die Reichs-, Staats-, Kommunalbeamten und Lehrer der Ortsgruppe Magdeburg werden gebeten, an dieser Beamtentagung teilzunehmen. Es handelt sich um eine äußerst wichtige Tagung. Ohne zeitigen Grund sollte niemand dieser Tagung fernbleiben.

Sonntag, den 3. April 1927, vormittags 9 Uhr in der „Freundschaft“

Vertretertagung

Bericht des Vorstandes: Konrektor Henning
Finanzbericht: Dr. Schroeder
Ausprache
Wahlfassung der eingegangenen Anträge
Wahlen a) Vorstand, b) Partiausschuss, c) Landwirtschaftsausschuss, d) Mittelstandsausschuss

Zu der Vertretertagung haben alle Mitglieder Zutritt. Von den Vorstandsmitgliedern der Ortsgruppe Magdeburg erwarten wir starke Beteiligung.

Die geschlossene Vertretertagung wird um 11 Uhr unterbrochen. Fortsetzung nachmittags 3 Uhr im Hotel „Weißer Bär“, Weinsäckerstraße 9.

Öffentliche Versammlung

Sonntag, den 3. April 1927, vorm. 11 Uhr in der „Freundschaft“ (gr. Saal)
Redner: Professor Dr. Hummel, M. d. R., Dr. Bohner, M. d. R.

Bei der öffentlichen Versammlung, zu der jedermann Zutritt hat, bitten wir besonders die Mitgl. der Ortsgruppe Magdeburg, sich recht zahlreich zu beteiligen und schon um 10.45 Uhr zu erscheinen.

1³⁰ bis 3 Uhr gemeinsames Mittagessen im Hotel „Weißer Bär“, Weinsäckerstr. 9, Gedek Mk. 2.25

Nachmittags 3 Uhr Fortsetzung der geschlossenen Tagung im Hotel „Weißer Bär“.

Die Zahl der Vertreter aus den Ortsgruppen und Kreisvereinen ist nicht beschränkt. Einzelmitglieder und Vertrauensmänner haben zum geschlossenen Vertretertagung ebenfalls Zutritt.

Anträge zum Bezirksparteitag von Einzelmitgliedern, Ortsgruppen, Kreisvereinen und verbundenen Kreisvereinen sind bis spätestens Donnerstag, den 31. März 1927, bei der Bezirksgeschäftsstelle einzureichen.

Die Reichs-, Staats-, Kommunalbeamten und Lehrer bitten wir besonders, an der Beamtentagung teilzunehmen. Soweit es sich ermöglichen läßt, werden wir Wunsch für die Beamten aus der Provinz kostenlos Bahnrequisiten beschaffen. Billigste Annehmlichkeiten sind in diesem Falle unzulässig. Die Parteiliste ist ferner bemüht, für alle Teilnehmer der Beamtentagung auch präventive Gesundheitsfürsorge zu beschaffen.

Zur Konfirmation

Konfirmanden-Anzüge	blau 43.50 39.50 37.00 28.00	17.00
Konfirmanden-Anzüge	farbig 52.50 45.00 38.50 34.50	26.00
Konfirmanden-Kleider	12.50 10.50	9.50
Konfirmanden-Mäntel	23.00 13.00 12.75	9.50

Zur Selbstanfertigung:

Popeline	4.25 3.45 2.75	1.65
Rips-Popeline	in vielen schönen Farben	6.25
Ripse und Gabardine		7.90
Colonne und Crêpe de Chine	in verschiedenen Farben	6.25
Samt	9.50 8.25	7.00

Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzer
Anschließend
Tanzkränzchen

Konfirmation und Schulanfang

Empfehle mein Fotografische Atelier zu den bekannt billigsten Preisen

Mein Reklameangebot: 1 Dtzd. Postkarten, Braun, mit einer Vergrößerung 24x30 cm 9.-

Hugo Paulsen
Alte Ulrichstr. 18

Franz Pützku

Empfehle:
Hüte, Mägen, Schirme, Wä-
strawatten, Stöcke, Hand-
schuhtücher.
Magdeburg - N
Lübcker Straße 12

Bauern und Kleinbau Pächter und Siedler

verlangt die
Deutsche Bauernzeitung
Probehefte kostenlos.

Freunde!

Werbt Leis-

Konsumverein für Magdeburg u. Umg.

42 Jakobstraße 42

Alb. Willy Schüler

Kunst- und Buchschlosserei
Wallstraße 12, Magdeburg Fennrl 2354

fertigt alle Schlosserarbeiten an.
Spez.: Markisen, Scherengitter etc.

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 13

(Saale S.), den 26. März 1927

3. Jahrgang

Aus Parlamenten und Parteien

Demokratischer Reichsjugendtag in Heidelberg.
Vom 16.—18. April 1927 (Dienstag) findet in Heidelberg der diesjährige Reichsjugendtag der deutschen demokratischen Jugend statt. Die Tagung steht unter dem Leitmotiv: „Für die Verknüpfung und Vereinigung der europäischen Nationen“ und wird in institutionellen Referaten und politischen Rundgebungen den Gesamtcharakter der internationalen europäischen Beziehungen behandeln und die Stellung der jugenddemokratischen Bewegung zur europäischen Einigung formulieren. Die Tagung wird eingeleitet durch eine Begrüßungsfeier im erleuchteten Heidelberger Schloß, in der der badische Landtagsabgeordnete Hauptlehrer Hofmann und mehrere führende Jungdemokraten sprechen werden. Im Mittelpunkt der Tagung steht die große Europarundgebung, für die als Redner Staatspräsident Dr. Hallpaß, Dr. Simon-Frankfurt a. M., Regierungspräsident Dr. Karl Frank, Weierstadt, Heilmuth Jaeger gewonnen sind.

Die Demokraten an Gehler.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichswehrminister Gehler aus Anlaß des schweren Verlustes, der ihm betroffen hat, ihr tiefes Mitgefühl ausgedrückt. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand werden am Grabe des verstorbenen Sohnes Kränze niederlegen lassen.

Ein deutschnationaler Stadtoberordneter zu Justizhausverteilung.

Reinhold und Brandtstättung.
Das Potsdamer Schlichtergericht beurteilte den 57-jährigen Sägewerksbesitzer Karl Lehmann aus Jüterbog, den deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden im Jüterbog Stadtparlament, wegen Weinsüßens zu 1 1/2 Jahren Justizhaus, 5 Jahren Ehrenlohn und dauernder Aberkennung der Fähigkeit, als Zeuge und Sachverständiger aufzutreten. Er wurde sofort in Haft genommen. Am 30. November 1926 hatte er vor der Potsdamer Justizkammer geschworen, daß er ihn und seinem Sojus gehörigen Sägewerk am 22. Oktober 1905 nicht in Brand gesteckt habe, was sich als Falschheit herausstellte. Die Feuerzettel hatte die Versicherungssumme in Höhe von 18 400 M. danach ausbezahlt, später jedoch in Erfahrung gebracht, daß Lehmann und sein Sojus Oskar Soaje das Sägewerk selbst angezündet hätten.

Die Siebelervermittlung.

Beratung der Siebelervermittlung.
Man schreibt uns: „Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation hat eine Siebelervermittlung (Berlin W. 3, Potsdamerstr. 27a) eingerichtet, die bereits seit drei Monaten in Tätigkeit ist. Ihre Aufgabe besteht darin, bei den unklaren Verhältnissen, die vielfach in allen Siebelerfragen in der Öffentlichkeit herrschen, die wirtschaftlichen Organisationen darüber aufzuklären, unter we-

chen Voraussetzungen die vom Reichstage bewilligten Mittel für die Errichtung bäuerlicher Stellen Verwendung finden können und auch einzelne Interessenten zu beraten. Der Betrieb einer bäuerlichen Wirtschaft ist eine ernste volkswirtschaftliche Aufgabe zu der Fachkenntnis und persönliche Eignung, sowie ein entsprechendes notwendiges Maß von eigenen Mitteln erforderlich ist. Nur wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, können die Träger der Siebelerarbeit die Verantwortung dafür übernehmen, die vom Reiche für diese große

Verlobung in der Politik



Frau Katharina v. Dheim, die als Mitglied der Deutschen Volkspartei dem Reichstage angehört, hat sich mit dem volksparteilichen Reichstagsabgeordneten A. Kardoff verlobt.

wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Aufgabe bewilligten Mittel für die Siebeler zu verwenden. In erster Linie kommt natürlich zweite und dritte Bauernhöfe und tüchtige Landarbeiter in Betracht, die sich durch ihre und ihrer Angehörigen Arbeit etwas erspart haben. Die Siebelervermittlung hat vor allem die Siebeleranwärter aus den west- und süddeutschen Uckerungsgebieten zu beraten, die sich im Norden und Osten des Reiches in den dünn bevölkerten Bezirken ansiedeln wollen, für deren Verbringung das Reichsgebiet die Mittel bewilligt hat. Die Siebelerantragsnehmer sollen nach dem Gesetz in diesen Teilen des Reiches mit Hilfe des Reichs-treudites Güter aufkaufen und in bäuerliche Wirtschaften aufbauen.“

Für Kartellauflösung und Kontrollregister.

Ein demokratischer Antrag.
Die Demokratische Reichstagsfraktion hat zu der zweiten Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums folgenden Antrag eingebracht:
Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, im Hinblick auf die wachsende Bedeutung der Kartelle und deren zunehmenden Einfluß auf die deutsche Wirtschaft
1. daraufhin einzuwirken, daß die Arbeiten des Untersuchungsausschusses über Kartelle und Kongerne beschleunigt werden und das Ergebnis dieser Arbeiten als Sonderbe-

richt baldmöglichst vorweg dem Reichstage bekannt gegeben wird;

2. künftig unter Berücksichtigung dieses Berichtes, mindestens aber noch im Laufe des Jahres 1927, dem Reichstage eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche der mögliche geeignete Organisation der Kartellauflösung und Einführung eines Kontrollregisters der Kartelle, Kongerne und ähnlicher Gebilde seitens des Reiches neu geordnet und die Bekämpfung von Auswüchsen im Interesse der Verbraucher erleichtert, gleichzeitig aber auch der organisierten Wirtschaft der berechnete Anspruch auf Sicherung mäßiger und notwendiger Abmachungen gewährleistet und einseitigen, schädlichen Eingriffen zum Nachteile insbesondere solcher Vereinigungen, welche die mittleren Kreise von Industrie, Handel und Handwerk umfassen, vorgebeugt wird.

3. auf der Weltwirtschaftskongress nachdrücklich für die Feststellung einheitlicher Grundzüge auf dem Gebiete internationaler, privatrechtlicher Vereinbarungen einzutreten.

Die Beamten der Reichspost.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat zum Haushalt des Reichspostministeriums nachstehenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Reichspostverwaltung dahin zu wirken, daß

1. die Beförderungsverhältnisse der Beamten der Reichspostverwaltung auf Grund einer gerechteren Dienstpostenbewertung und den besonderen Verhältnissen der Postverwaltung entsprechende Anwendung der Schlußstellungsgamregeln baldigt verbessert werden;
2. die Berufsfrage der weiblichen Beamtenschaft bei der Reichspostverwaltung bezüglich der Anstellung, Einstufung, Laufbahnerhaltung, Beförderungen, Schaffung einer Hinterbliebenenfürsorge baldigt nachgeprüft und unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Berufsvertretung des weiblichen Personals gehoben wird.

Um die Roggenrenten-Pfandbriefe.

Bei der Reichstagsberatung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hat die Demokratische Reichstagsfraktion nachfolgende Entschließung eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, daß sie feststellt:

1. in welcher Höhe die Landwirtschaft Roggenrenten-Pfandbriefe aufgenommen hat;
2. welche über das heute übliche Maß hinausgehende Belastung der Landwirtschaft daraus erwächst, und daß sie
3. dem Reichstag baldmöglichst Vorschläge darüber macht, mit welchen Mitteln sie den drohenden Ruin der beteiligten Landwirte vorbeugen will.

Junge Republikaner.

Von Werner Stephan.

Der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei, erörtert im letzten Heft der „Stimme“ Gegenwarts- und Zukunftsprobleme republikanischer Jugend.

Die ältere Generation empfindet es wohl nicht so sehr. Aber wir jüngeren Republikaner müssen es doch einmal offen sagen: daß wir uns in einer unruhigen, wenn auch auf Erhalten und Beharren eingestellten Zeit zu langweilen beginnen. Im frühen Maß wie die Mehrheit des deutschen Volkes den Parteien der Mitte und der Linken entzogen sind, den Konventionen gescheitene Gruppen zugefallen ist, wurde es uns deutlich, daß unsere Zeit steril wird, schwunglos, ohne neue Impulse. Es sind noch Gedanken da, aber sie dringen nicht durch. Nutzen die Führer unseres Reiches vorhandene Möglichkeiten aus? Kommen wir vorwärts? Wir merken nichts als langames Einklinken, als Zurückweichen in unangenehme Geleise, als erneutes Einbegeben in schon überwandene geglaubte Ueberlieferungen.

Wird man uns entgegenhalten, daß unsere früh aufgeregt in Aktion zu sehr auf Emotionen eingestellt seien? Es sei im Grunde ein großer Fortschritt, wenn endlich einmal wieder das Alltägliche, das „Normale“ im Vordergrund steht? Heute darf die junge Generation Neugierde darüber fordern, ob die Bewegung, die sie nach wirren Zeiten schafften half, Selbsthöhe ist. Denn wir können ein konventionelles Zeitalter nur als kurzes Übergangsjahr ertragen. Wir, die republikanische Jugend Deutschlands, haben keinen Anlaß zur Selbstzufriedenheit und keine Möglichkeit des Aufehens. Die grundlegenden deutschen Lebensfragen sind für uns nicht erledigt.

Haben wir etwa schon einen Schritt vorwärts getan zur Errichtung des großdeutschen nationalen Einheitsstaates? Wir sehen nichts davon und finden, daß weder praktisch (etwa in Rechts- und Wirtschaftsangelegenheiten) von den maßgebenden Stellen etwas unternommen ist, noch daß dieselben die Pläne der Gemeinschaft über konventionelle Beschränkungen an das „Bürokratie“ (nach lächerlicher Beschränkung für den überreichlichen Stamm unserer Nation) hinausgeschoben wäre! Haben wir die große stehende Wunde in deutschen Osten (schließen oder auch nur die Zeit ihrer Heilung näher heranzuführen können?)

Wir haben Opfer über Opfer im Westen gebracht und damit auch sicher die Lage dort erleichtert können. Aber wir haben die Grenze gegen Frankreich garantiert, ohne für unser nationales Gesamtziel, Großdeutschland, oder in der für uns lebensnotwendigen Neuordnung der territorialen Differenzen etwas zu erreichen. Wir haben im Gegenteil erleben müssen, daß Polen sich unter englischer Aufsicht als Wall gegen Rußland fester stabilisierte als je vorher.

Kein Zweifel, Europa sieht gesunder da, als vor acht Jahren. Die Gefahren trügerischer Verwählung sind geringer geworden. Der Aufstieg ist unmerkbar. Wir Republikaner haben mit Ueberzeugungskraft dafür gearbeitet, denn wir wissen, daß jedes neue militärische Abenteuer dem geschwächten Europa den Todesstoß versetzen würde. Aber die Festlegung der europäischen Verhältnisse kann nur bestehen, wenn Deutschlands Lebensnotwendigkeiten nicht zu Gunsten Europas geopfert werden. Bisher hat unser Reich sich außerpolitisch große Entlastung aufgelegt. Es hat in Genf darauf verzichtet, die Sympathien der kleinen unterdrückten Völker für sich zu gewinnen; aber es hat trotz dieses Verzichtes auch keine Angehörigen von den westlich beherrschenden Nationen erreicht. Deutschland hat sich mit guten Gründen geteilt, rekolonialen Instinkten in anderen Ländern aufzuweisen oder auszunutzen, wie es Rußland tut; aber es hat auch nichts von der Furcht der Westmächte in einer solchen Rolle profitiert.

Und hat Deutschland das vielleicht zukunftsträchtigste Ideal, die Autonomie der nationalen Minderheiten, irgendwie zu verwirklichen oder auch nur zu fördern gewagt? Deutschland hat diesen Gedanken aus fleischer Furchtsamkeit bei sich nicht vertrießt. Es ist infolgedessen bei der Vertretung gemeinsamer deutscher Minderheiten im Ausland geblieben. In der Außenpolitik gibt es keine positive Ergänzung. Gibt es sie in der Innenpolitik? Eine fröhlichere aktivere Zeit hat uns ein großes Gut übermietet: die Republik. Uns, die wir noch aus erlichem Jugenderleben um Hygienismus, Ordensgeflirr und Servilität wissen, bedeutet auch ein starrgeordnetes, eine konventionelle Republik gegenüber allen Zeiten noch Glück und Fortschritt schlechthin. Wir wissen, wieviel besser es ist, in einer Hindenburg-Republik zu leben als im monarchistischen Deutschland Wilhelms II. Denn aber, die nach uns aufwachen, wird die republikanische Form immer selbstverständlicher, ihr Inhalt immer wesent-

licher. Gewiß steht es auch hier nicht an Idealen, die Begeisterung erwecken, an Ansätzen, die hoffnungsvoll stimmen können. Aber nur von denen, die hoffnungsvoll sind, kann die Jugend nicht leben, wenn die Gegenwart gar zu untröstlich ist und die Ideale ins Vereeren verfliegen.

Da ist der Gedanke des Einheitsstaates. Schöpferisch erstrebt von einer jungen Generation, die Gott sei Dank gar nicht mehr versteht, daß der schmerzliche oder der bürgerliche Minister die parlamentarische Grundsätze der verflochtenen Parteien antreten. Und dann muß sie erleben, wie zwischen Preußen und Hamburg ein Kampf geführt wird, als ob es nur preußische und hamburgische Ströme und Sägen gäbe und keine deutschen! Weiter: seit Jahren wissen wir, daß nationale, kulturelle, wirtschaftliche Gründe die Zerstückelung des ostelbischen Ostpreußenbestandes und eine energische Bauernbewegung erfordern. Aber was praktisch zu ihrer Durchführung geschieht, ist bitter wenig, und die Bürokraten des Reichs und der Länder bekämpfen sich, als ob die Siebung nur zur Ermöglichung mehrerer Behörden erfinden sei. In der ersten Zeit der Republik begann man die Gedanken der Wirtschaftsdemokratie in die Praxis umzusetzen. Was ist davon geblieben? Die Ansätze der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sind vertrocknet, der „Herr im Hause“ Standpunkt des Unternehmers wurde wieder rücksichtslos hervorgehoben. Und die Macht der Wirtschaft wäre vielleicht vorteilhafter als je, wenn nicht das Finanzkapital neue Wirtschaftspolitiken ihr gegenüber bezogen hätte. Da dann die Masse der Arbeitnehmer wählen, was ihr lieber ist!

Es bedarf nicht zahlreicher Beispiele, um zu zeigen, worauf es uns ankommt. Die jungen Republikaner sind es müde schwermere eine Zeit langweiliger Eristenheit über sich ergehen zu lassen. Die meisten von ihnen haben Jahre hindurch im Schlingengarten Leben und Gesundheit für ihr Volkstum und ihre Vaterland eingelegt. Sie haben alle in Infanterien und Pioniersregimenten Jahre der Not durchgemacht. Das Erbe des Krieges besteht für sie in einem schweren Daimenstempel, als die alte Generation ihn führen mußte, die Krieg und Zusammenbruch nicht abzuwenden vermochte. Die Jugend hat also taufendfältig Recht zu fordern, daß ihr Land inmitten einer Welt, die fröhlichere Initiative große Möglichkeiten bietet, nicht vergesselt und einseitig ist. Sie will nicht ruhig mitansehen, das geschmälerte Erbe, das für sie übrigbleibt, nach außen nicht gemehrt, nach innen ausgehöhlt und seines Wertes beraubt wird.

Erhaltung der Simultanschule.

Die Volkspartei sucht preussische Hilfe.

Die Deutsche Volkspartei hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Vorbereitung des Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung für die Erhaltung und Umwandlung der bestehenden Simultanschulen einzutreten.

Dieser Vorbehalt der Deutschen Volkspartei in Preußen ist mindestens sehr auffällig. Die Deutsche Volkspartei sieht mit in der Reichsregierung und müßte es eigentlich erreichen können, daß hier ihre Wünsche berücksichtigt und die Simultanschulen durch das kommende Reichsgesetz nicht gefährdet wird. Oder glaubt die

Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, daß die Reichsregierung nicht den Mut dazu aufbringen wird, ein Reichsgesetz abzuschließen, das diese Sicherung nicht enthält? Der Ausgang in dieser Frage liegt bei der Mehrheitsverhältnissen im Reichstag bei der Deutschen Volkspartei. Hat also die Reichsregierung der Deutschen Volkspartei das nötige feste Rückgrat und ist sie bereit, es bei dieser Frage auf die Kraftprobe ankommen zu lassen, dann brauchte man wahrlich die Hilfe der Preussischen Staatsregierung nicht.

Gegen den Schwedentruck.

Angesichts der abzuwandelnden Stellungnahme der Demokratischen Reichsfraktion gegen das neue Zinsholgesetz der Reichsregierung muß daran erinnert werden, daß die Demokratische Reichsfraktion bereits vor

einigen Monaten eine Interpellation eingebracht hat, in der die Reichsregierung darauf hingewiesen wurde, daß der Schwedentruck durch Uebernahme zahlreicher deutscher Fabriken und durch verkapptes Eindringen in andere Fabriken beständige, ein privates Zinnholzmonopol in Deutschland aufzurichten.

Parteinachrichten.
Bezirk Magdeburg.
Veranstaltungen
der
Deutschen Demokratischen Partei,
Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuß: Montag, 4. April, abends 7 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle, Breiterweg 139 bis 140.

Stammtag: Dienstag, 29. März, abends 8 Uhr Hotel „Reiser Bier“, Weinstraße 6. Gewünscht ist harte Beteiligung.

Beamtentagung. Sonnabend, den 2. April, abends 7 Uhr Freundschaft, kleiner Saal, Prälatenstraße 32. Redner: Abg. Dr. Bohner und Abg. Schudt. Alle Reichs-, Staats-, Kommunalbeamten und Lehrer sind zu dieser Tagung freundlich eingeladen.

Bezirksparteitag. Sonntag, den 3. April, vormittags 9 Uhr Freundschaft (Prälatenstraße 32). Bericht des Vorstandes, Finanzbericht, Wahlen. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Öffentliche Kundgebung. Sonntag, den 3. April, vormittags 11 Uhr in der Freundschaft (Großer Saal), Prälatenstr.: Redner: Prof. Dr. Hummel, M. d. R. und Abg. Dr. Bohner, M. d. R. Jobermann willkommen. Die Mitglieder der D. D. P. werden um harte Beteiligung gebeten.

Umland-Bund. Donnerstag, den 31. März 1927, abends 8 Uhr, in den Mischdier Bürgerheim, Apollstraße 9, Vichhilderdortung von Frau Meta Gerloff: „Anker Dom als geschichtliches Symbol“.

Göthen i. Anh. Demokratischer Landesparteitag. Sonntag, den 27. März, vorm. 9 Uhr, in der Stadthalle: Redner: Dr. Hummel, M. d. R., Bürgermeister Hesse M. d. L. und Oekonomierat Vielhauer = Karlsruhe. Nachmittags 3.30 Uhr öffentliche Kundgebung. Redner: Abg. Dr. Hummel.

Genth. Mittwoch, den 30. März, abends 8.15 Uhr, im Hotel Mansfeld Versammlung. Redner: Abg. Dr. Bohner. Gäste haben Zutritt.

D. D. P. Werbedirektion. Mitglieder der Ortsgruppe Magdeburg haben ein Kundgebungs betr. Werbeadressen erhalten. Wir erwarten von allen Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei, daß sie uns die gewöhnlichen Werbedirektion umgehend überweisen. Niemand darf sich bei der diesmaligen Werbung ausziehen.

Streiflichter aus dem Stadtparlament.

Schafft Klarheit über das Schicksal des Mittellandkanals. — Der allzu vorsichtige Reichsverkehrsminister. — Neue Steuerpläne der Stadt. — Soll das Gewerbe wieder bluten? — Die Monopolbestrebungen des Elektrizitätswerkes.

Magdeburg, 27. März.

Noch immer ist keine volle Klarheit über das endliche Schicksal des Mittellandkanals geschaffen; im Gegenteil, seitdem die demokratische Stadtverordnetenfraktion durch ihre Anfrage an den Magistrat und die sich daran anschließende Aussprache die Öffentlichkeit auf die dem Mittellandkanal drohende Gefahr der Verschleppung aufmerksam gemacht hat, ist zwar eine ganze Zahl von berechtigten Erläuterungen von offizieller Seite veröffentlicht worden, doch allen diesen Veröffentlichungen von amtlicher Seite ist das eine eigentümlich, daß sie es ängstlich vermeiden, klipp und klar zu sagen, was eigentlich Sache ist. Wir hören nur immer wieder, daß das Reich auf seine vorzüglichen Verpfichtungen, die es den Ländern gegenüber bezüglich des Baues des Mittellandkanals eingegangen ist, selbstverständlich festhalten wolle, aber mit keiner Silbe vertritt der Reichsverkehrsminister, ob er gewillt ist, das Bauprogramm so zur Ausführung zu bringen, wie es sein Vorgänger uns zugesichert hat, so daß mit der Beendigung der Bauten in etwa vier oder fünf Jahren gerechnet werden kann. Die Erläuterungen des heutigen Reichsverkehrsministers, der sich zur Deutschen Reichsfraktion befindet, sind genau so dehnbar und verschwommen wie das Bestehen der deutschen nationalen Kammermitgliederver zur Republik.

Der Mittellandkanal wird gebaut, versichert das Reichsverkehrsministerium noch jüngst auf eine Anfrage des Oberbürgermeisters Reims, der in seiner Eigenschaft als Mitglied des preussischen Staatsrats die preussische Regierung zu einer Fällungnahme bei der Reichsregierung in dieser Angelegenheit veranlaßt hat. Wann er gebaut wird und in welchen Etappen, diese wichtige Frage umging der Reichsverkehrsminister auch diesmal wieder in seiner sehr wortreichen Antwort.

Es kam in diesen Tagen noch hinzu der alarmierende Beschluß des Hauptauschusses des Reichstages, der von den geforderten 40 Millionen Mark für die Arbeiten am Mittellandkanal die Hälfte streich, die Kanalifizierung der Weser von Minden bis Bremen, wodurch dem Mittellandkanal das nothenmögliche Epochenwerk gesichert werden sollte, vertagte und dem Reichsverkehrsminister anheimgab, die aus dem Etat gestrichlenen Mittel außerhalb des Etats wieder anzufordern. Ob der Reichsverkehrsminister diesem Beschluß, dessen Begründung sehr undurchsichtig ist, nachkommen wird, oder ob er, trotz darüber, die Verantwortung für die Verzögerung des Baues des Mittellandkanals dem Reichstage zuzurechnen zu können, sich mit der Streichung der Hälfte der Etatmittel einverstanden erklären wird, darüber ist bis zur Stunde noch nichts Genaues bekannt geworden. Die Streichung der 20 Millionen bedeutet nämlich nichts anderes, als daß die Arbeiten am Kanal selbst bis auf weiteres eingestellt werden müssen. In der Tat sind ja verschiedene größere Aufträge für den Kanalbau schon annulliert worden.

In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag lenkte der Oberbürgermeister die Aufmerksamkeit der städtischen Körperschaften auf die dadurch geschaffene Lage. Die demokratische Fraktion regte in einem Antrag eine gemeinsame Erklärung der städtischen Körperschaften an die Reichstags- und Landtagsabgeordneten an, in der auf die schweren Bedenken hingewiesen wurde, die durch die Verzögerung des Baues auf dem Arbeitsmarkt entstehen müssen. Stadts. Schäfer und Stadts. Dierre wiesen nachdrücklich darauf hin, daß die Bauarbeiten, wie a. B. die Verlegung von Wegen, die Schaffung von Baustellen für die Unterbringung der Arbeiter und Bauern, die Anlage von Kanalanlagen, die Ausstellungen auf der Kanalstraße schon eine wichtige Anzahl von Millionen verschlungen haben, die zwecklos verschwendet sind, wenn der Kanalbau wieder hinausgeschoben werden müßte. Ganz besonders machten sie auf die Folgen auf dem Arbeitsmarkt aufmerksam. Statt einer Milderung der Gewerbesteuer, die durch die Beschleunigung des Kanalbaus erhofft wurde, würde die Erwerbslosenfrage weiter ansteigen, wenn die Arbeiten, wie es den Anschein hat, zum Teil wieder eingestellt werden sollten. Die Sprecher der anderen Fraktionen schloßen sich den Darlegungen der Demokraten an und stimmten einer von den Demokraten, den Reichsparteien und den Sozialdemokraten gemeinsam eingebrachten Erklärung zu, in der die städtischen Körperschaften den Reichstags- und Landtagsabgeordneten ihre schweren Bedenken gegen eine Verschleppung des Baues des Mittellandkanals darlegen. Diese gemeinsame Kundgebung wird sicherlich ihren Eindruck bei den zuständigen Instanzen nicht verfehlen und ihnen — hoffentlich noch nicht zu spät — das Gefährliche einer Politik vor Augen führen, die ihnen von den Kanalgegnern, zu denen neben der Reichsbahn besonders die Agrarier zählen, suggeriert wird.

Den weitaus größten Teil der Sitzung nahmen die Etatsverhandlungen in Anspruch. Wieder haben in diesem Jahre die Ausgaben eine beträchtliche Steigerung erfahren, während die Einnahmen bei weitem nicht in gleichem Tempo der Zunahme der Ausgaben folgten. Wieder droht eine Steigerung der Gewerbesteuer. Durch die Novelle zur Gewerbesteuer ist zwar

eine Milderung der Gewerbesteuer insofern geschaffen worden, als die Schuldzinsen und Mieten, die in den beiden letzten Jahren ganz dem Gewerbebeiträge hinzugezählt wurden, nur zu einem Viertel herangezogen werden und daß für die ersten 1200 Mark des Ertrages ein geringerer Hundertsatz an Zuschlägen zur Veranlagung kommen soll, doch werden diese Erleichterungen durch den Vorstoß des städtischen Finanzreferenten wieder illusorisch gemacht, an Gewerbesteuer mindestens so viel zu erheben, daß das Gewerbesteuererlöse des alten Geschäftsjahres erreicht wird. Das würde eine Sinauflusshebung des Zuschlages für die Gewerbesteuer auf 700—800 Prozent bedeuten. Es ist klar, daß Zuschläge von solcher Höhe das Gewerbe erdrücken müßten. Zur Illustrierung der Lage von Handel und Gewerbe ist darauf hingewiesen, daß es dem städtischen Gewerbeamt heute noch nicht möglich war, die ungeheuer große Zahl von Einprüden und Stundungsgeldern, die von den Gewerbetreibenden eingegangen sind, zu bearbeiten, viel weniger sie zu erlösen. Große Erbitterung hat es unter den Gewerbetreibenden erzeugt, daß bei ihnen der Beschäftigungsbeamte erschien, um die rückständigen Gewerbeuern einzutreiben, um deren Stundung gebeten worden war, obwohl der Magistrat bei der Besprechung des demokratischen Antrag auf Verminderung der Gewerbesteuer versichert hatte, daß mit weitgehender Milderung vorzugehen und begründeten Stundungsgeldern Rechnung getragen werden soll. Der Magistrat muß aus dieser Sachlage hoch unruhig den Schlag ziehen, daß es völlig zwecklos ist, Steuern in unbefristeter Höhe auszusprechen, wenn ihr Auskommen, wie es die Tatsachen lehren, mehr als zweifelsfrei ist und schließlich auch noch die selbständigen Erzeugnisse, die sich noch über Wasser gehalten haben und nach besten Kräften ihren Verpflichtungen nachkommen sind, durch die ständig steigenden Steuerlasten zu Grunde gerichtet werden. Auf diesen Weg wird die demokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat auf keinen Fall Gehelligkeit leisten. Es ist anzunehmen, daß diesmal die Fraktion der Rechten, die im vergangenen Jahre der demokratischen Fraktion in ihrem Kampf gegen die hohe Gewerbesteuer in den Rücken lief, durch die Erfahrung eines besseren belehrt, die Demokraten in ihrem Abwehrkampf unterstützen wird.

Die Demokraten werden ferner ihre Aufmerksamkeit auf gewisse Pläne des Magistrats zu lenken haben die eine weitere Behauptung der Freiheit des Gewerbes bedeutet. So ist geplant, die Einnahmen des Elektrizitätswerkes dadurch zu vergrößern, daß das Werk den Verkauf von elektrischen Apparaten übernimmt. Das würde eine empfindliche Gefahr für das Installateurgewerbe bedeuten. Als die Stadt feierlich in der Hofmannstraße einen Ausstellungsraum für Gas- und elektrische Apparate kaufte und die demokratischen Stadtverordneten diesen Schritt als eine Konturenmaßnahme gegen das freie Gewerbe bezeichneten, wurde vom Magistrat die Versicherung abgegeben, daß es der Stadt fern liege, etwa ein Monopol schaffen zu wollen. In der Tat war es aber der erste Schritt hierzu, denn der Ausbau der ständigen Ausstellung zu einer Großverkaufsstelle, die einen Gewinn von einer halben Million im Jahre abwerfen soll, kommt einer Monopolisierung des Betriebs von elektrischen Apparaten ziemlich nahe.

Die Erfahrungen, die wir mit der städtischen Draiserei, den Friedhofsbetriebe und manchen anderen städtischen Regiebetrieben gemacht haben, mahnen zur allerhöchsten Aufmerksamkeit gegenüber Plänen der Stadt, die mit der Bekämpfung kalten Sozialismus eine verweirte Wechselfahrt haben. Als nächstes Opfer würde in diesem Fall das Installateurgewerbe zu opfern sein, das sich gegen die übermächtige Konkurrenz eines städtischen Betriebes, der nicht mit so hohen Abgaben und Steuern zu rechnen hat wie das freie Gewerbe, natürlich nicht auf die Dauer behaupten kann. Daß die Demokraten einen solchen Anschlag auf die Freiheit des Gewerbes mit allen Kräften bekämpfen werden, bedarf wohl keiner erneuten Versicherung.

Einen sehr unerfreulichen Zwischenfall gab es bei den Beratungen, als der Stadts. Mann die Kommunisten, die die blutigen Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Berlin in den jüngsten Tagen erwähnten, als „Straßendiebstahl“ und „Straßenterror“ bezeichnete und seine Entgleisung auf Vorhalt des Vorsitzenden noch abzugeben suchte. Nur mit knapper Not entging er einem Landgericht, das die erbosten Kommunisten sofort an ihn vollziehen wollten. Daß der völkische Führer die unerfreuliche Erscheinung in unserem Stadtparlament ist, haben wir schon wiederholt betont. Auch bei seinen eigenen Fraktionsgenossen scheint diese Erkenntnis zu dümmern. Sein Auftreten während der letzten Sitzung des Provinzialparlamentes war so standhaft, daß selbst ein Teil seiner Fraktion sich weigerte, ihn noch länger anzuhören und für die Wortentscheidung stimmte. Die völkische Bewegung in Magdeburg hat sich in Mann den eigenen Senker verloren.

Öffentliche
Bersammlung

Sonntag, den 3. April, vormittags 11 Uhr
Freundschaft (Großer Saal), Prälatenstr. 32
Redner:

Dr. Hummel
M. d. R.
Dr. Bohner
M. d. L.

Die Deutsche Demokratische Partei — Gruppe Sandwert und Gernbe — hatte zu einer Aussprache über Mittellandfragen in die „Mischdier Bürgerheim“ geladen. Der Redner des Abends, Reichstagsabgeordneter Klemperermeister Barthsch, knüpfte in seinen Ausführungen an die Verhandlungen über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums im Reichstage an. Er betonte es lebhaft, daß den Interessen des gewerblichen Mittelstandes in unserer Wirtschaftspolitik nicht jene Beachtung geschenkt würde, die sie unbedingt erforderten. Eine Erhaltung der deutschen Wirtschaft, die wieder Voraussetzungen für eine Gelandung des Mittelstandes ist, ist undenkbar ohne eine auf Förderung des Exportes gerichtete Wirtschaftspolitik. Die Handelsvertragsverhandlungen mit den verschiedenen Ländern seien aber ins Stocken geraten, und hierin zeigt sich, daß eben mit dem gegenwärtigen Zolltarif, der feinerzeit gegen den Willen der Demokraten angenommen sei, eine vernünftige

haben? Nun zum Begriff der Reichsangehörigkeit, zum Finanzanspruch. Bayern hat es bequemer gefunden, sich einen möglichst großen Teil der Reichseinnahmen nach Bayern herüberzuschleppen. Die Unpopularität der Steuer-Einnahme kann dagegen ruhig auf das Reich gelegt werden. Bistriener: Wir werden sehen, daß die Überweisungen an die Länder so erhöht worden sind. Wir halten an Reichshold fest. Er war der besterger der Reichsfeuerhöfheit, der Minister der Steuerermäßigung. Er erklärte: Ich arbeite am Rande des Defizits entlang. Es ist kein Kunststück, wenn durch viele und hohe Steuern die Kassen voll sind. Die 800 Millionen stehen heute in Unternehmungen, die dem Reich Einnahmen und Zinsen bringen. Unter Luther wurden die Rührmillionen an die Industrie gezahlt.

Wir leiden unter der ungeheuren Zahl der Erwerbslosen. Wir suchen nach Mitteln, um sie zu verringern. Der deutsche Boden ist zu eng. Die 60 Millionen finden nicht genügend zu tun. Rohstoffe müssen eingeführt werden. Ohne Ausfuhr-Industrie können wir nicht leben. Schon Garibi erklärte: Wenn Deutschland keine Waren ausführt, dann muß es Menschen ausführen. Ohne Veredelungsindustrie keine Erlöse.

Wir müssen Handelsverträge abschließen.

Keine Zollmauern aufrichten. Unsere Aufgabe heißt: Handelsverträge, damit unsere Erwerbslosen wieder Arbeit finden. Ferner: Siedeln. Deutschland ist das Land des Großgrundbesitzes. Wo 50 polnische Arbeiter beschäftigt sind, ist das Land gefährdet. Wo deutsche Bauern ansiedelt sind, wird der Boden der Nation erhalten. Man sollte dem Beispiele Englands folgen und Farmerschulen einrichten.

Wir brauchen einen starken Mittelstand. Die Demokratie kann nur bestehen, wenn ein starker Mittelstand vorhanden ist. Deswegen finden wir gegen Kartelle, den Kleinrentnern muß gehalten werden. Die Reichshöfheiten Anträge, den kleinen Kleinbesitzägern ein verwendbares Papier in die Hand zu geben, werden wir weiterverfolgen.

Es gibt keinen Staat in der Welt und keine deutsche Regierung, der es möglich ist, ohne Sozialpolitik auszukommen. Wir wollen es ab, was die Rechtsregierung auf diesem Gebiete tun wird.

Kultur- und Schulpolitik. Wir wollen keine Kulturkämpfe. Der deutsche Katholizismus hat sich als gut bewährt. Wir verfallen nicht in den deutschnationalen Fehler, das Zentrum als unheimlich hinzustellen. Die Schule ist dazu da, alle Deutschen gemeinsam zu erziehen in dem Geiste, daß sie Söhne eines Volkes sind, sie mit Kenntnissen zu versehen, Staatsbürger aus ihnen zu machen, die Liebe und Verständnis für einander haben.

Wir fordern Gewissensfreiheit für die Schule.

Wir kennen kein höheres Gut als den deutschen Menschen. In zu fördern und voranzubringen, ist unsere vornehmste Aufgabe. Zu lange hat man ihn unumwunden gehalten. Wir wissen es ab, daß nur eine hohe Obrigkeit das deutsche Volk führen kann. Zwei Aufgaben hat nach Kaufmann das deutsche Volk zu erfüllen:

Es gilt, das deutsche Volk mit Staatsgeist und den deutschen Staat mit Volksgestir zu erfüllen.

Eindruck und Verlauf unseres Wahlkreisparsells.

Als Gradmesser für die Lebendigkeit und die Agitationsbereitschaft einer politischen Organisation wird nicht zuletzt der Verlauf ihrer Tagungen angesprochen werden können. Unser Parteitag in Halle bot in dieser Hinsicht ein erfreuliches Bild. Schon zur Veranstaltung am Sonntag, zu der öffentlichen Rundgebung mit unserem Parteiführer Koch, waren viele Delegierte von auswärts eingetroffen. Der große Wintergardenaal war dicht gefüllt. Wer spät kam, mußte sich mit einem Stuhlplatz begnügen. Stimmlich begrüßt wurden Mitglieder Koch und Staatsminister Dr. Schreiber, und als Herr Renker die Nachtversammlung eröffnete, konnte er auch zahlreiche Worte zu begrüßen. Seine warmen Eröffnungsworte gaben dem bedeutungsvollen Abend von vornherein eine glänzende politische Note. Demnach trat Koch an das Rednerpult und Allen wurden seine etwa 1 1/2 stündigen Ausführungen zum politischen Erlebnis Wiedeholt fehm Elementar ausbrechender Beifall ein und am Schluß dankte immer wieder einleuchtend Jubel dem Führer für sein Kommen und für seine Worte. (Einen ausführlichen Bericht über die Rede unseres Führers bringen wir an anderer Stelle.) Braufend erlang das Hoch auf das deutsche Vaterland und die deutsche Republik. Der im Saal des Hofgastwirtschafts sich anschließende Begrüßungsgabend vereinte viele Freunde mit Herrn Damer. Der Vorsitzende des Vereins Halle, Herr Minner, begrüßte hier noch einmal Herrn Minister Koch und auch die Delegierten und Gäste. Im Laufe des Abends sprachen Dr. Bohner und Herr Koch. Es war spät als man sich trennte.

Am Sonntag vormittag begannen die Verhandlungen des Parteitag am Neumarkt-Schützenhaus. Auch dieser geräumige Saal war bei der Eröffnung dicht gefüllt, und wieder begrüßte den Parteiführer bei seinem Eintritt heller Jubel. Herr Koch sprach auch hier zu dem vertrauten Kreis der Parteifreunde und als er während der gemeinsamen Mittagstafel schied, bereiteten ihm die Teilnehmer des Parteitages spontan eine Ovation, die ihm bewies, daß man im Lande mit Stolz und Freude hinter dem bewährten Führer steht und seiner selbstbewußten Führung gefolgt ist.

Als erster Redner sprach Landtagsabgeordneter Dr. Bohner über „Preussische Kulturpolitik“. Er besprach hierbei das weite Gebiet von Schul- und Bildungsfragen.

Könnte man eigentlich auch nur von einer deutschen Kultur sprechen so sei in ihr doch ein landsmannschaftlicher Einschlag, also auch ein preussischer Einschlag unerkennbar. Von der Kirche müssen wir auch die Schule trennen. Sicherlich ist aus der Volksschule erst etwas geworden, als sie in die Hände der Lehrer überging. Daß die Kirche für die Entwicklung der Schule nichts geleistet, belege der Redner mit zahlreichen Beispielen. Der Kampf, der in Dortmund erledigt wurde, tamm jeden Augenblick an anderer Stelle wieder aufzukommen. Festgehalten werden muß an der versöhnungsmäßigen Bestimmung, wonach der Lehrer den Religionsunterricht freiwillig ausübt. Ueber die Schule lassen wir zwischen Kirche und Staat nicht verhandeln. Bis jetzt haben Vorbesprechungen zwischen Kirche und Staat wegen Abschluß eines Konfessionsvertrages stattgefunden. Ob und wann es dazu kommt, läßt sich noch nicht übersehen. Eingehend behandelte Dr. Bohner auch die Aufgaben der Universitäten als staatliche Bildungseinrichtungen. Wiedeholt fand er starke Zustimmung in der Versammlung und am Schluß seiner interessanten Ausführungen großen Beifall.

Dann sprach Koch. War die Linie der deutschen Außenpolitik früher für uns ein Wuf, so ist ihre Weiterführung heute unter Billie. Für die Republik ist Hindenburg mit dem schwarz-rot-goldenen Hoheitszeichen auf seinem Haupte und an seinem Wagen eine nicht zu unterschätzende werbende Kraft. Bei aller Anerkennung der Leistungen der Sozialdemokratischen Partei für die Republik, muß man bei ihr doch viele und schwerwiegende Fehler verzeichnen. Aus kleinlichen Agitationsrücksichten wurden die Gelegenheiten zur Bildung der großen Koalition verkauft oder hintertrieben. Unsere Aufgabe ist es, die Massen dieser Partei nicht in eine dauernde Oppositionsstellung zum Staat kommen zu lassen. Für die Re-



Zur Beachtung!
Unsere Parteigeschäftsstelle in Halle befindet sich jetzt im Hause Leipziger Straße 87, 2 Treppen (Hauseingang neben dem Ufa-Kino und dem Spielwarengeschäft C. F. Ritter). Als Fernsprechanschluß bleibt die bisherige Rufnummer 21277.



gieungspolitik sind die Deutschnationalen heute noch nicht reif. Wir können nicht eine Politik treiben, die fortwährend durch deutschnationale Propaganda erfüllt wird. Mit aller Energie werden wir uns dagegen zu wenden haben, daß heute eine Politik der Viesegaben jede Regierungsbildung zu beeinträchtigen versucht. Für ein Zweiparteiensystem ist Deutschland innerlich viel zu zerfallen. Besonders aber müssen wir erkennen, daß jede Sozialpolitik Stückwerk bleibt und unpopulär sein wird, wenn sie nicht von der Mitarbeit der weiten Volksschichten getragen ist. Die Zerflatterung des Reichstags in einzelne Interessengruppen bedeutet das Ende jeder Volksbestimmung. Die neue Koalition soll zeigen, was sie kann und was sie nicht kann. Wir haben Zeit zu warten, bis das deutsche Volk erkennt, daß es sich in eine Lage hat bringen lassen, in der nicht das Volksinteresse, sondern Klasseninteresse herrscht.

Hierauf trat die Mittagspause ein, und nach Wiedereröffnung der Verhandlungen sprach Minister Dr. Schreiber. Schon anfangs auf das beherzigt begrüßt, dankte ihm die Versammlung wiederholt durch starken Beifall, der sich am Schluß zu einer spontan dargebrachten Ehrung steigerte. Wenn Minister Dr. Schreiber spricht, gibt er dem, was er sagt, immer eine ganz besondere Note, die zu einer dauernden Verbindung zwischen ihm und seinen Zuhörern wird. Er zeichnete als Aufgaben des Parteitages, einen Rückblick zu tun und daraus Schlüsse zur Wegweisung neuer Wege zu ziehen. Die demokratische Partei habe viel Eigenes und Wertvolles, was sie bei der Agitation verwenden müsse. Volkstun ansetzen müssen wir endlich den Gedanken des Einheitsstaates. Die nationale werdende Kraft, die in ihm liegt, muß von uns in die Massen hineingetragen werden. Wir sind keine eigenen Verfechter und Vertreter, und erst in neuester Zeit nähert sich ihm auch die Deutsche Volkspartei. Auch das soziale Gebiet gehört zu diesen Aufgaben. Unser Ziel ist: „Nicht Klassenzerrenheit, sondern eine Volksschicht, die des gleichberechtigten Bürgers.“ Dazu gehört eine soziale Wohnungspolitik und die Schaffung eines einheitlichen Rechts auch auf diesem Gebiet. Die warmen und von tiefem Verständnis für diese Lebensfragen zeugenden Worte des Ministers lösten immer wieder die freudig begehrteste Zustimmung seiner Zuhörer aus. Er schloß mit der Versicherung, daß er auch eine schämevolle Überprüfung der Beschlüsseverhältnisse der Beamtenschaft für eine zwingende Notwendigkeit halte.

Den Geschäftsbericht über den zwischen diesem und dem vorigen Parteitag liegenden Zeitraum gab Herr Dornisch. Es wurde für diesen Bericht und auch für den Klassenbericht eine Entschuldigungs vorgelegt. Professor Grünfeld trat für das Partei-Organisationsblatt und seine Verbreitung ein und legte eine entsprechende Entschuldigungs vor. Die vorgelegten Entschuldigungen fanden mit der Aenderung Annahme, daß zu dem Vorstand fünfzig auch die Mitglieder des Provinzialauschusses und Provinziallandtags treten. Bei der hierauf erfolgten Vorstand-

wahl wurden als Vorsitzende die Herren Renker, Friede wiedergewählt. Das Amt des Wahlkreises übernahm wieder Herr Schwartz. Als Vertrauensfrau für den Wahlkreissprecher wurde Professor Wolff in Halle gewählt. Vorarbeiten sprach bei dieser Gelegenheit namens des Parteitages Renker der bisherigen Hauptvertrauensfrau, Dr. Justitia Margarete Bennewitz, für ihre geübte Tätigkeit aus. Als Delegierter des Wahlkreises verbande für den Reichsparteitag in Hamburg von Dr. Kühnlein-Merzbach gewählt. Als Mitglied des Parteiausschusses werden dem Reichsparteitag die Herren Inhaber dieser Mandate, die Herren Renke Schwartz, Cornely und Voebler wieder vorgeschlagen. Ein von Dr. Holländer-Kaumburg erdachter Antrag wurde angenommen. Der Antrag von der Geschäftsstelle als Antrag an den Reichsparteitag auf die Besetzung der Parteiführung wurde weitergegeben zur Durchbearbeitung des Antrags wurde eine Kommission gewählt, die sich aus den Herren Dr. Holländer-Meindt, Prof. Grünfeld, Friede, Dr. Kühnlein und Frau Wolff zusammensetzt. Der Antrag sollte lautet:

Wir Geschworenen müssen wir feststellen, daß der Festlegung der demokratischen Republik das ziale Element in Deutschland dauernd im Steigen griffen ist. Wenn bei den Wahlen der letzten D. D. B. an Stimmengabe verloren hat, so zum Teil die Ursache darin zu erblicken, daß Verständnis hierfür nicht groß genug, insoband aber ein tiefer begründetes soziales Bewusstsein vorhanden ist. Die an sich berechtigte Lehren des Marxismus allein nimmt den glücklichen nur den letzten Hoffnungsanker, so ihnen etwas Fortsetzes zu bieten.

Konsequenz ist also vor allem ein soziales Programm großen Stiles auf sicherer volkswirtschaftlicher Grundlage. Nach der ganzen Entwicklung Partei wird im Mittelpunkt der Siedlung gedankte und besonders seine praktische Durchführbarkeit stehen müssen.

Solch ein Programm auszuarbeiten, ist Sache Zentralinstanz. Der Parteitag beauftragt aber der Parteileitung, sofort die Ausarbeitung in Angriff zu nehmen und legt selbst eine Kommission ein, die Vorschläge für solch ein Programm arbeitet und nach Zustimmung des Parteivorstandes dem Parteivorstand zur Annahme unterbreitet. Auch ein Antrag der Gruppe der Jungdemokraten Gelehen fand Annahme. Der Antrag hat nachfolgenden Wortlaut:

Der Parteivorstand wolle beschließen, daß die Parteivereine des Bezirks in der Lage und verpflichtet sein müssen, Gruppen der Deutschen Demokratischen Jugend unter ihrer Mithilfe zu gründen. Allen Ortsvereinen wird aufgegeben, bis 31. Juli 1927 dem Parteivorstand über den Fortschritt zu berichten.

Annahme fanden dann auch die vom Vorstande vorgelegten Entschuldigungen:

1. Der Parteitag spricht der Reichstagsfraktion für die einmütige und entschlossene Haltung während der letzten Regierungskrise Dank und Anerkennung aus.
2. Der Parteitag betont die positive Einstellung der Partei zum Gedanken der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes. Er dankt dem bewährten Parteiführer Reichsminister a. D. Koch sehr für seine Haktivität in der Frage der Reichswehrreform.
3. Der Parteitag begrüßt die vom Preussischen Sozialsminister Dr. Schreiber auf einer Tagung der sozialdemokratischen Industrieller kürzlich gemachten Ausführungen, die als Aufgabe staatlicher und sozialistischer Forderung die gleichberechtigte Einordnung der arbeitnehmenden Volksschichten in die nationale Gemeinschaft hervorheben. Der Parteitag dankt Dr. Minister für das von ihm gezeigte Ziel: Man wolle auch in Deutschland einmal dahin kommen, daß die Menschen in ihrer staatsbürgerlichen Geltung nicht mehr unterschieden werden nach dem Beruf.
4. Der Parteitag begrüßt es, daß der „Politische Wochenspiegel“ eine weitere Ausgestaltung erfahren hat. Er wünscht, daß alle Parteifunktionsäre des Wahlkreises für seine Verbreitung sorgen und erwartet daß alle Mitglieder ihn durch Abonnement fördern.
5. Der Parteitag beschließt, daß die Vorstände der Kreisvereine und Ortsgruppen innerhalb des Wahlkreisesverbandes zur Erhebung von Mitgliederbeiträgen verpflichtet sind. Die Beitragshöhe und die Einzahlungstermine regelt sich nach den örtlichen Verhältnissen. Es empfiehlt sich jedoch, überall ein Mindestbeitrag zu bestimmen und leistungsfähige Mitglieder zur Zahlung eines selbstgewählten höheren Beitrages zu veranlassen.
6. Der Parteitag beschließt: Jeder Ortsverein resp. Ortsgruppe ist verpflichtet, zur Aufrechterhaltung der Generalsekretariats in Halle ab 1. Januar 1927 Beiträge an den Schatzmeister des Wahlkreisesverbandes abzuführen. Die Höhe der Beiträge wird der Beschlußfassung der demächst stattfindenden Bezirksvorstandssitzung überlassen.

Möglichst im Monat April soll die Einberufung einer Vertretertagung des Gesamtverbandes erfolgen, um wichtige Organisations- und Agitationsfragen zu erledigen. Am 6 Uhr abends nominierte Herr Renker sieben erdrudsvoll verlaufenden Parteitag, der bei allen Bereichen eine völlige Einmütigkeit und einen lebendigen Arbeitseifer zeigte, mit herzlichem Dankesworten an Delegierte und Gäste schloß.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Münz, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Wlper (Allg. Ztg.), Dessau.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 13

Halle (S.), 26. März 1927

3. Jahrgang

Spannungen und Entspannungen.

Schneeschmelze auf dem Balkan — Die üblichen Kriegserlöste — Doch Entwicklung — Italienscher Bluff? — Einkreisungspolitik — Albanien — Frankreichs schwierige Stellung — Schwenkung der englischen Presse — Schmeicheleien für Deutschland — Abgelehnte Ehren — Unbedingte Neutralität — Waffenstillstand an der litauischen Grenze — Moskau und London — Die Ereignisse in China — Ein neues Gibraltar — Stresemanns Rede — Kein Durchmarschrecht — Unser Anspruch auf Rheindämmung — Kein Wort über Thoiry — Artikel 431 — Kühle Stimmung — Zentrumsrünsche — Wilhelmstraße? — Das Zentrum als Sieger.

Es ist zwar üblich, daß bei Beginn der Schneeschmelze nicht nur die Kriehölle und Schneelöffeln aus dem Boden sprießen, sondern auch die Kriegserlöste Lustig zu kochen anfangen. Mit Ausnahme ganz weniger Vöcher ist das fast immer so gewesen und wenn es in der letzten Zeit darin besser geworden war, so lag das nur einzig daran, daß das Welttrug mit seinem Werdag die Wölke etwas mild und daher friedliebender gestimmt hatte. In der Vorkriegszeit alarmierte jedenfalls der Balkan spätestens Ende März ganz Europa und stellte dann an die Nerven der Politiker und Finanzleute erhebliche Anforderungen. Offenbar sind die Erinnerungen an die Schreden des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts schon wieder soeben verflüchtigt, daß man sich von neuem mit dem Gedanken blutiger Auseinandersetzungen Befreunden kann. Freilich ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Entladung der Wölke durch einige Fortschritte gemacht hat, und daß die Geheimpolitik der Kabinette in ihren Dunkelkammern der Vergangenheit angehört. Die Wölke kontrollieren jetzt etwas mehr, meist mehr aus Freude an Sensationen als aus wirklicher politischer Taktik so rechtzeitig ein, daß man die Fäden noch austreten kann, ehe sie in das Pulverfaß gefallen sind. Einen Krieg herbeiführen will niemand. Darüber kann man wohl heute ohne weiteres einig sein. Selbst von Mussolini gilt das und man versteht vermuthlich kein Wort davon, wenn man annimmt, daß er auf Schlägen und Belohnungen hinstrebt. Er ist zu klug, um die eigene Schwäche nicht zu erkennen und blüfft. Allerdings liegt darin eine gewaltige Gefahr, denn die Gewehr können auch einmal ohne seinen Befehl los entladen, und was dann entfällt, ist wahrscheinlich nicht mehr die Auseinandersetzung zweier Völker, sondern ein neuer Weltbrand.

Das Spiel, das der Diktator in Rom treibt, ist nicht ganz ungeschicklich, obwohl es ihm überaus oft bis hierher geschickt ist. Griechenland mußte sich von Italien viel gefallen lassen, ohne daß der Völkerverbund den Mut aufbrachte, sich keineswegs mit dem Völkerverbund anzunehmen. Aber Jugoslawien ist einmal militärisch doch etwas anderes, als das von Rosentauern zerstückelte kleine Serbien und so man schließt es in Paris einen nachlässigen Freund, der unter keinen Umständen Schwächen zugeben kann, wenn Rumänien gilt bereits im französischen Sinne als unaußerzweifelhaft, nachdem ihm durch die Platzierung des West- Arabienvertrages die italienische Garantie als reife Frucht zugefallen ist. Paris ist auf dem Balkan hauptsächlich durch Jugoslawien vertreten und kann die Position nicht aufgeben, zumal die Spannung mit Rom fortwährend und sehr leicht auch an anderen Punkten der bewohnten Erde zu Reibungen führen kann. Berühmte die kleine Entente neu zu beleben, die in einigen Wochen in Freiburg unternommen werden sollen, sind nur dann aussichtsreich, wenn sich inagischen herausgestellt hat, daß Rom nicht über unumkehrbare Macht gebietet, und nicht allein die Entscheidung im Wettwinkel bestimmt.

In der Tat hat sich diplomatisch die Lage erheblich geändert. Italien stieß in Albanien vor, weil es Englands unbedingt sicher zu sein schien. Gegenwärtige Anordnungen müssen getroffen werden sein, die dem Duce freie Hand auf dem anderen Ufer der Adria gewähren. Gelehrt werden sie auch nicht, nur kann man aus Interessensüberlegungen schließen, daß nicht Chamberlain, und der Außenminister und zukünftige Leiter der diplomatischen Verhandlungen, sondern der Schatzminister Churchill solche Zugeständnisse gemacht hat. Es ist jedenfalls auffällig genug gewesen, daß wenige Tage, nachdem eben erst England in Weltband einen recht deutlichen Ton angeschlossen hat und die Londoner Zeitungen das noch unterstützen, dieselbe Presse Warnungen an die römische Adresse bringt, den Bogen nicht zu überspannen, und im Gegenzug zu ihrer bisherigen Haltung Serbien von jeder Verantwortung für den Konflikt freispricht. Wenn eine erste Gefahr noch bestand, so dürfte sie dadurch beseitigt worden sein. Der Falschismus steigt zwar die lauten Völkern, dürfte aber kaum geneigt sein, seine Saute zu Marke zu tragen, namentlich, wenn kaum Vorleben zu ernten sind. Italien hat zwar immer durch seine Niederlagen an Land und Meeren gewonnen, aber eine Garantie dafür, daß die

Überlieferungen von der Gegenwart auch anerkannt werden, hat man in der Siebenbürgen nicht.

In Deutschland wird man es nur begrüßen, daß diese Krise an Betroffenheit statt zurückgekommen ist. Man hat, und zwar gleichzeitig in der englischen und französischen Presse Deutschland die Rolle der Vermittlung zugesprochen und darauf verwiesen, daß nach den Satzungen des Völkerverbundes Stresemann bei einer eigens zur Vermittlung zusammengerufenen Konferenz den Vorschlag führen müsse. Man legte ihm nahe, daß selbst die Initiative zu ergreifen. Es ist für das deutsche Selbstbewußtsein außerordentlich schmeichelt, und hier und da hört man schon solche Meinungen, daß wir nun wieder in die aktive Weltpolitik geradezu hineingerückt werden sollen. Es geht allem Anschein nach nicht ohne uns. Wer so denkt und so urteilt, begeht die gleichen Fehler, wie in der wilhelmianischen Ära bis zum Ueberdruß wiederholt haben und die uns schließlich den Zusammenbruch verschafft haben. Wenn London und Paris Deutschland durchaus in den Vordergrund der Bühne stoßen wollen, so ganz sicher nicht um der deutschen Eigenliebe zu schmeicheln oder ihm einige Vorbedeutungen aufzugeben. Man wollte Deutschland in eine peinliche Lage bringen, bei der es hoffentlich der Weltöffentlichkeit nicht übersehen worden wäre. In Berlin hat man noch rechtzeitig erkannt und sich dandend die mehr als zweifelhaft Ehre abgelehnt. Man hat zur Mäßigung geraten, wenn man gefragt wurde, hat aber selbst keinen Schritt getan. Stresemann hat das dann noch nachträglich in seiner Rede als wohlverdiente Wölke unterstrichen.

Auch der Konflikt im Nordosten Europas hat an Schärfe verloren. Jedenfalls ist es an der litauisch-polnischen Grenze still geworden, ohne daß man nun gerade von friedlicher Stimmung sprechen sollte. Die Gegenwart kennt ja fast nie die Vorgänge hinter den Kulissen. Wir wissen nicht, ob Rußland für Romo oder England in Warschau gewarnt hat, beides ist möglich. Jedenfalls scheint man sowohl in England wie in Rußland vorläufig nicht geneigt zu sein, die Gegenseitigkeit noch besonders hervorzuheben. Das Kabinett von St. James weiß, daß die nächsten Wahlen eine ganz erhebliche Verärgerung der Arbeiterparteien und wohl auch der Kommunisten bringen werden, daß sich also der jetzige Kurs entweder gar nicht oder nur abgemäßigt fortsetzen läßt. Von einer Niederwerfung der Soviets will die große Masse auch wohl nichts wissen. In Moskau aber scheint man naturgemäß eine Auseinandersetzung, bei der der russische Einfluss nicht nur in Europa überhaupt keinen Nährboden gefunden hat, auch in China seinen Höhepunkt wohl erreicht, wahrscheinlich sogar überschritten hat. Gerade in den letz-

ten, um den diplomatischen Ausdruck zu gebrauchen, desinteressiert und können direkt überhäuft nicht in das Spiel der Kräfte hineingezogen werden. Im allgemeinen gelten die Deutschen im Reich der Mitte als persönlich gesichert, weil die Chinesen nach Aufhebung anderer Konzeptionen, in ihm keine Gegner mehr sehen. Sollte es aber doch zu solchen unliebsamen Zwischenfällen kommen, so wird Deutschland kaum mehr tun können, als auf dem üblichen Wege Vorstellungen zu erheben und Ermahnung zu beantragen. Anders liegen die Dinge für England, Frankreich, Amerika und Japan. Sie haben eine ausübliche Flotten- und Truppenmacht verarmt, die zum Teil schon zum Schutz der Fremdenstadt eingesetzt werden mußte. Eine Einheitsfront ist zu gestalten worden, die auch wohl halten dürfte, bis eine Benutzung eingetreten ist. Was dann kommt, läßt sich heute noch nicht voraussagen. Aber dieses dann liegt noch in weiter Ferne. Der Bürgerkrieg, der China zerstückelt und eine starke Benutzung für die Weltwirtschaft wie für die Weltpolitik darstellt, ist kaum auf dem Höhepunkt angelangt, sondern noch in voller Entwicklung. Die Eroberung Sjanghais kann sehr leicht die seit langem gefürchtete Wendung herbeiführen. Wirtschaftliche Leute glauben allerdings, daß der Abbruch der Weltwirtschaft Sjanghais in ein neues britisches Gibraltar sein wird.

Die Außenpolitik des Deutschen Reiches ist im wesentlichen vorgezeichnet. Ueber Europa hinaus reichen nur unsere Wirtschaftsinteressen, während wir politisch in allen Richtungen zurückgehalten sind. In Europa selbst sind wir durch die Vorkriegsbedingungen in eine Gemeinlichkeit hineingezogen, die Option nach sich ziehen kann. Stresemann hat sich dabei eingelassen, einzelne russische Forderungen mit niemandem abzustimmen. Man hat sich nicht an dem, was man notwendig machen muß, an dem, was man besonders schmerzhaft empfindet. Die Abwendung von der Weltwirtschaft ist ein Schritt in die gleiche Richtung, der die Weltwirtschaft nicht nur durch den Handel, sondern auch durch die Industrie, die Landwirtschaft, die Kunst und die Wissenschaften in eine tieferen Ebene zu versetzen dürfte. Die Weltwirtschaft ist ein Schritt in die gleiche Richtung, der die Weltwirtschaft nicht nur durch den Handel, sondern auch durch die Industrie, die Landwirtschaft, die Kunst und die Wissenschaften in eine tieferen Ebene zu versetzen dürfte.

Nichts kommt von selbst,

auch die Verbreitung unserer

Wochenschrift

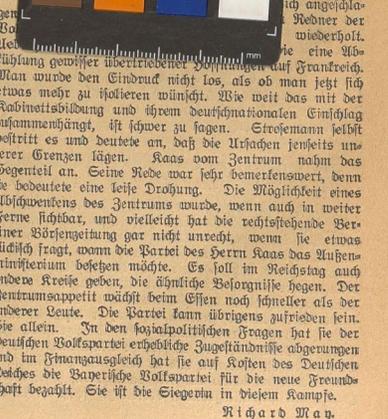
mich erarbeitet werden.

Werbet bei allen Gelegenheiten Leser!

Probestücke durch den Verlag

ten Tagen mit ihren Erfolgen für die Ranton-Armee haben gleichzeitig ein gewisses Abklingen vom Selbstbewußtsein gezeigt. Ein Bruch wäre sogar nicht einmal ausgeschlossen.

So bedenklich an sich die Ereignisse in China sind, können wir sie ohne Erregung betrachten. Wir sind vollkom-



Richard May